

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal **Mk. 1,50.**

Inhalt:

	Seite		Seite
Die Erhebungen über die Arbeitszeit im Fleischer- gewerbe. II. (Schluß)	353	sammlung des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.	360
Wirtschaftliche Rundschau	356	Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen	366
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rückblicke. VIII. (Schluß.) — Aus den deutschen Gewerkschaften	357	Stapel und Sekretariate. Arbeitersekretär für Erfurt gejucht	366
Kongresse. Reunter Verbandstag der Mühlen- arbeiter Deutschlands. — Fünfte Generalver-		Audere Organisationen. Der Reichstügenderband gründet „Gewerkschaften“	366
		Mittelungen. Quittung der Generalkommission. — Unter- stützungsvereinigung	367

Die Erhebungen über die Arbeitszeit im Fleischerergewerbe.

II. (Schluß).

Die hier kurz skizzierten Erhebungen sind im vorigen Jahre dem Reichsgesundheitsamt übergeben, um zu prüfen, ob nach diesen Ergebnissen für die Arbeiter des Fleischerergewerbes im Hinblick auf die lange Arbeitszeit sich besonders gesundheitschädliche Folgen bemerkbar gemacht haben. Das Reichsgesundheitsamt kommt des längeren gutachtlich zu dem Schlussergebnis, daß kein Anhaltspunkt vorliegt, welcher die Annahme rechtfertigt, als ob die im Fleischerergewerbe übliche Arbeitszeit unter normalen Verhältnissen geeignet sei, die Gesundheit der in diesem Berufe beschäftigten Arbeiter im allgemeinen zu schädigen.

Auch steht unter den geschilderten Umständen nicht zu erwarten, daß die Gesundheitsverhältnisse der Fleischerergewerben und Lehrlinge durch eine Abänderung der gegenwärtigen Arbeitszeit wesentlich gehoben würden.

In der Sitzung am 6. Mai hatte sich der Beirat für Arbeiterstatistik nunmehr mit der Frage zu beschäftigen, zu welchem Ergebnis er nach dem vorliegenden Gesamtmaterial kommt.

Der Referent, Ministerialrat Dr. Usinger, schloß sich dem Gutachten des Reichsgesundheitsamts an.

Zu empfehlen sei, durch besondere Polizeiverordnungen da vorzugehen, wo sich erhebliche Mißstände gezeigt haben. Der Beirat soll deshalb eine Aenderung des § 120e der Gewerbeordnung empfehlen, dahingehend, daß auch den Landescentralbehörden die Befugnis erteilt wird, die gegenwärtig nur der Bundesrat besitzt: eine Begrenzung der Arbeitszeit für solche Betriebe vorzuschreiben, in denen durch übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird. Anerkannt wurde, daß das Schlachten an Sonn- und Festtagen ohne Schaden für das Gewerbe sehr wohl allgemein

untersagt werden könne. Auch für Betriebe, die sich ausschließlich mit der Fabrikation von Wurst befassen, sei die Sonntagsarbeit entbehrlich.

Von dem Mitglied des Beirats Robert Schmidt wurde einer Regelung der Arbeitszeit durch Polizeiverordnung entgegengetreten. Solche Vorschriften sind ganz unkontrollierbar, häufen die Zahl der Verordnungen so erheblich, daß niemand mehr hindurchfindet, und für die Arbeiter bleiben sie vielfach unbekannt. Zudem sind solche Verordnungen ganz der Willkür der Behörden überantwortet, die in einem Bezirk die größten Mißstände unbeachtet lassen kann, um in einem anderen weitgehende Beschränkungen einzuführen. Eingehend hatte der Redner schriftlich seinen Standpunkt gegen das Gutachten des Reichsgesundheitsamtes motiviert. Der Begründung entnehmen wir folgendes:

„Der Beirat für Arbeiterstatistik kann sich im Hinblick auf die Ergebnisse der Erhebungen im Fleischerergewerbe der Auffassung des kaiserlichen Gesundheitsamtes, daß keine Anhaltspunkte vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, als ob die im Fleischerergewerbe dormalen übliche Arbeitszeit unter normalen Verhältnissen geeignet ist, die Gesundheit der in diesem Berufe beschäftigten Arbeiter im allgemeinen zu schädigen, nicht anschließen. Die Erhebungen haben ergeben, daß 80 Proz. der Gehilfen im Sommer über 12 Stunden einschließlich der Pausen und im Winter 66 Proz. der Gehilfen über 12 Stunden im Betriebe beschäftigt sind. Eine über 14 Stunden hinausgehende Arbeitszeit einschließlich der Pausen hatten im Sommer 13,2 Proz. und im Winter 23,6 Proz. der Gehilfen. Eine solche ausgedehnte Arbeitszeit erscheint wohl geeignet, für die Arbeiter dieses Berufes schwere körperliche Schädigungen hervorzurufen. Zu dieser Auffassung muß der Beirat für Arbeiterstatistik gelangen, weil in anderen Gutachten des kaiserlichen Gesundheitsamtes dieser Standpunkt vertreten ist. Hier muß im besonderen Bezug genommen werden auf eine Würdigung der Ergebnisse der Erhebungen über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom Jahre

1894, in der das kaiserliche Gesundheitsamt zu folgendem Ergebnisse kommt:

„Bei mehr als der Hälfte der Bäckereien währt also die Arbeitszeit samt den Pausen schon jetzt 12 und weniger Stunden; eine allgemeine Festsetzung dieser Dauer als Maximum würde einerseits der Größe des körperlichen Ruhebedürfnisses entsprechen, wie sie andererseits nach der Sachlage für die Mehrzahl der Arbeitgeber eine Härte nicht bedeuten würde.“

Es dürfte kein genügender Anlaß vorliegen, von dieser Auffassung, daß ein gewisses körperliches Ruhebedürfnis bei den im Bäckereigewerbe Beschäftigten nötig ist, gegenüber dem Fleischereigewerbe Abstand zu nehmen.

Noch eingehender hat das kaiserliche Gesundheitsamt diesen Standpunkt in einem Gutachten vom 13. Oktober 1894 vertreten, das den Einfluß der Beschäftigung der Handlungsgehilfen und Lehrlinge sowie der Geschäftsdienner auf deren Gesundheit darlegt. Das kaiserliche Gesundheitsamt kommt hier zu folgender Würdigung des vorliegenden Materials:

„Die Pausen abgerechnet, wurden in 13,2 Proz. der Geschäfte die männlichen Gehilfen 14 bis 15, in 25,8 mehr als 15 Stunden beschäftigt; für männliche Lehrlinge, weibliche Gehilfen und Lehrlingmädchen betragen die bezüglichen Ziffern: 15,3, 31,10; 12,2, 9,5; und 8,7, 5,4. Arbeitszeiten von solcher Dauer, zu welchen die Zeit für die in den großen Städten oft weiten Wege zum und vom Geschäft in Anrechnung zu bringen ist, wirken, selbst wenn die Beschäftigten in gesundheitlich möglichst unbeanstandbaren Räumen sich bewegen würden, vor allem durch den Mangel an der erforderlichen Ruhe- und Schlafzeit, sodann auch dadurch schädigend, daß die für die Erholung erwünschte Bewegung in frischer Luft und bei dem den körperlichen Stoffwechsel anregend beeinflussenden und für das Allgemeinbefinden wohlthätigen Sonnenlichte unterbleiben muß.“

Diese allgemeinen Würdigungen der Schäden einer überlangen Arbeitszeit können nicht für ein besonderes Gewerbe geltend gemacht werden, sondern lassen eine allgemeine Schlußfolgerung für berechtigt erscheinen.

Das kaiserliche Gesundheitsamt hat in dem Gutachten, das über die Erhebungen im Fleischereigewerbe erstattet wurde, die in seinen früheren vom Standpunkt der Hygiene begründete Auffassung verlassen, ohne doch in diesem Gutachten eine eingehende Begründung seines von der bisherigen Stellung abweichenden Standpunktes zu geben. Die in dem Gutachten erwähnten Sterblichkeitsziffern der in den Fleischereibetrieben beschäftigten Arbeiter können nicht, wie es das kaiserliche Gesundheitsamt getan hat, den Durchschnittsziffern in anderen Berufen gegenübergestellt werden. Das kaiserliche Gesundheitsamt hätte berücksichtigen müssen, daß im Berufe des Fleischereigewerbes einmal besonders kräftige Leute nur als Lehrlinge aufgenommen werden, sondern eine große Anzahl älterer Personen aus dem Fleischereigewerbe ausscheiden, um zu anderen Berufen überzugehen. Es liegen hier die gleichen Verhältnisse vor, wie sie das kaiserliche Gesundheitsamt in dem schon erwähnten Gutachten, betreffend die Erhebungen über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien, vom Jahre 1894 gewürdigt hat. In diesem Gutachten wird zutreffend hervorgehoben, daß im Bäckereigewerbe die Arbeiter noch im jugendlichen Alter ausscheiden und somit die Erkrankungsziffern, die den Durchschnittszahlen der Kranken- und Sterbe-

statistik günstig gegenüberstehen, eine besondere Würdigung nach Altersklassen erfahren müssen. Dieser Standpunkt ist in dem Gutachten, betreffend die Arbeitszeit im Fleischereigewerbe, seitens des kaiserlichen Gesundheitsamtes nicht zur Geltung gekommen, obwohl sowohl nach den Erhebungen als auch sonst kein Zweifel darüber bestehen dürfte, daß nach der Richtung hin die Verhältnisse im Fleischereigewerbe nicht anders geartet sind als im Bäckereigewerbe. Es wäre sicherlich sehr interessant gewesen, wenn das kaiserliche Gesundheitsamt eine Gegenüberstellung der Erkrankungsziffern und der Sterbefälle nach Altersklassen in den einzelnen Berufen gegenüber dem Schlächtereigewerbe vorgenommen hätte.

Auch die Kommission für Arbeiterstatistik ist seinerzeit im Hinblick auf die Ergebnisse der Erhebungen im Mühlenbetriebe und unter Würdigung eines Gutachtens des kaiserlichen Gesundheitsamtes zu dem Ergebnis gekommen:

„Viel wichtiger würde auch hier die noch weiter zu ermittelnde Tatsache sein, ob der Grund des frühen Ausscheidens aus dem Berufe darin liegt, daß die Tätigkeit als Müllergefelle bei den bestehenden Arbeitszeiten im allgemeinen nur in den allerkräftigsten Jahren ertragen werden kann. Schon hierin allein würde eines der wesentlichsten Argumente für die Verkürzung der Arbeitszeit liegen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß eine in einem Gewerbe herrschende Arbeitszeit, welche die in diesem Gewerbe beschäftigten Personen im Durchschnitt schon mit dem dreißigsten Lebensjahre zum Ausscheiden aus ihrem Berufe nötigt, nicht nur die betreffenden Personen schädigt, sondern auch den öffentlichen Interessen in hohem Grade abträglich ist.“

Dieser Anschauung der Kommission für Arbeiterstatistik muß sich auch heute noch der Beirat für Arbeiterstatistik anschließen. Es sind das allgemein gültige sozialpolitische Betrachtungen, die nicht nur für einen besonderen Beruf Geltung haben, sondern eine allgemein zutreffende Beurteilung beanspruchen dürften.

Ferner ist wohl auch vom kaiserlichen Gesundheitsamt die schlechte Beschaffenheit der Betriebsstätten unberücksichtigt geblieben. Es heißt zwar in dem Gutachten, daß Staubentwicklung in diesen Betrieben nicht vorkäme, und die Räume zugig und luftig seien. Das letztere dürfte im allgemeinen nur für die großen Schlachthäuser zutreffen. Es kann aber nicht unbekannt sein und dürfte vom Beirat für Arbeiterstatistik nicht unberücksichtigt bleiben, daß eine übergroße Zahl von Betrieben sich in sehr schlecht ventilierten niederen Kellerräumen befindet. Es wird auch hier wohl der Standpunkt des kaiserlichen Gesundheitsamtes in dem Gutachten, betreffend den Einfluß der Beschäftigung der Handlungsgehilfen und Lehrlinge auf deren Gesundheit, vom 13. Oktober 1894 zutreffend sein, in dem das kaiserliche Gesundheitsamt ausführte:

„Einige Berichterstatter haben mit Recht geltend gemacht, daß den Handlungsgehilfen und Lehrlingen, falls sie in dunklen Räumlichkeiten, u. a. in Stellergeschäften, die selbst am Tage künstlicher Beleuchtung bedürfen, beschäftigt werden, noch besondere Schädigungen erwachsen. Denn abgesehen davon, daß bei der Arbeit in solchen Räumen allmählich das Sehvermögen leidet, enthalten diese Geschäfte des bakterientötenden Einflusses des Sonnenlichtes, welcher, durch zahlreiche Versuche bewiesen, als tatsächlich vorhanden nicht

angezweifelt werden darf. Sind also Krankheitskeime in solche Räume gelegentlich hineingelangt, so ist die Gefahr, zu erkranken, für die Insassen hier größer als anderswo. Es ist ferner zuzugeben, daß der Aufenthalt in Läden, deren Fußboden ungediebt oder mit Fliesen belegt ist, in denen im Winter aus Rücksicht auf die feilgehaltenen Waren nicht geheizt wird, sowie in Geschäften, welche bei offener Tür verkaufen, in Hausfluren oder Buden aufgeschlagen sind, während der kalten Jahreszeit zuweilen die Ursachen für Rheumatismen, besonders häufig für Frostschäden bildet, was letzteres bereits von Ramazzini (vergl. V. Ramazzinis Abhandlung von den Krankheiten der Künstler und Handwerker, bearbeitet von Dr. Ackermann, 1783, Bd. II, S. 211) erwähnt ist."

Ganz analog liegen die Verhältnisse im Fleischereigewerbe. Die Erkrankungen noch jugendlicher Personen an Rheumatismus deuten darauf hin, daß man es hier mit einer Gewerkrankheit zu tun hat. Es dürfte auch ferner nicht unberücksichtigt bleiben, daß die Betriebsräume vielfach — besonders ergeben dies die Berichte der Gewerbeinspektoren — sehr niedrig gelegen sind, daß die Betriebsräume feucht sind und vielfach starke Rauchentwicklung, unangenehme Dünste vom Fleischfischen in diesen schlecht angelegten und ungenügend ventilierten Betriebsräumen nicht der Gesundheit förderlich, sondern schädlich sein müssen.

Wenn das kaiserliche Gesundheitsamt einen großen Wert darauf legt, daß im Fleischereibetriebe auch sehr erhebliche Pausen eintreten, die die Schädigung der langen Arbeitszeit mildern, so muß demgegenüber auf den Standpunkt des kaiserlichen Gesundheitsamtes Bezug genommen werden, der in dem Gutachten über den Einfluß der Beschäftigung der Müllergesellen und Lehrlinge auf deren Gesundheit vom Jahre 1895 eingenommen wurde. Das kaiserliche Gesundheitsamt vertrat dabei folgenden nach Auffassung des Beirats für Arbeiterstatistik wohl auch dem Laien verständlichen und zutreffenden Standpunkt:

„Wenn auch die Arbeitsanstrengung der Müllergesellen und Lehrlinge in den einzelnen Betrieben je nach der inneren Einrichtung und nach der Triebkraft des Werkes verschieden groß ist, so sind doch im allgemeinen, selbst in vervollkommenen Betrieben, Arbeitszeiten von der im Vorausgeschickten festgestellten langen Dauer als gesundheitsschädigend zu bezeichnen, auch wenn man in Betracht zieht, daß die Zeiten des Betriebes durch solche, in denen das Werk still steht, unterbrochen werden. Der gesundheitliche Nutzen solcher Ruhezeiten bleibt bei der steten Wiederkehr so hoher Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit schließlich hinter den durch diese geschaffenen Nachteilen zurück.“

Das, was hier vom allgemeinen Standpunkte der Gewerbehygiene zutreffend hervorgehoben wird, kann für das Fleischereigewerbe nicht abgelehnt werden.

Der Beirat für Arbeiterstatistik kam nach Würdigung der Erhebungen über die Arbeitszeit im Fleischereigewerbe im Gegensatz zu der Auffassung des kaiserlichen Gesundheitsamtes zu der Auffassung, daß durch die Erhebungen und im Hinblick auf frühere Gutachten des kaiserlichen Gesundheitsamtes allgemein gesundheitsschädliche Folgen durch überlange Arbeitszeit im Fleischereigewerbe zu verzeichnen sind, deren Beseitigung erwünscht wäre.“

Genosse Schmidt macht schließlich folgende Vorschläge für das Fleischereigewerbe:

1. Der Beirat für Arbeiterstatistik würde es als wünschenswert erachten, wenn der Bundesrat von den Befugnissen des § 120e der Gewerbeordnung Gebrauch macht, um durch eine Verordnung einen Maximalarbeitsstag im Schlächtereigewerbe festzusetzen, der geeignet erscheint, besonders üble gesundheitschädliche Folgen von den Arbeitern dieses Berufes fernzubalzen oder doch zu mildern.

2. Nicht minder notwendig ist ein Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit im Schlachtbetrieb. Ferner dürfte in Fabriken, die ausschließlich der Wurstfabrikation sich widmen oder in denen ein Teil des Betriebes der Wurstfabrikation ausschließlich dient, auch für diese die Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen durchführbar sein. Dagegen wird auch an Sonn- und Feiertagen die Arbeit zu gestatten sein, die ein Verderben von Fleischwaren verhindern will und die der Transport und die Zubereitung der für den Sonntagsdetailhandel notwendigen Waren aus den Kühlräumen erfordern. Aber es wird anzuordnen sein, daß es vermieden wird, Arbeiten zu verrichten, die durch zweckmäßige Arbeitseinteilung noch am Sonnabend oder am Tage vor den Feiertagen erledigt werden könnten. Die Arbeitszeit in Detailgeschäften dürfte an Sonn- und Feiertagen auf drei Stunden zu beschränken sein.

3. Zu empfehlen wäre eine allgemeine Verordnung (§ 120e Abs. 1 der Gewerbeordnung) über Anlage der Betriebsräume und der Betriebsstätten, sowie eine Anordnung dahingehend, daß Schlaf- oder Wohnräume der im Betriebe beschäftigten Arbeiter nicht in unmittelbarer Nähe der Betriebsräume liegen dürfen, ferner eine dauernde wirksame Kontrolle in bezug auf die Sauberkeit und der sonst in der Fabrikation für notwendig erachteten sanitären Anforderungen.

4. Es dürfte sich empfehlen, durch Bundesratsverordnung die Bestimmungen der §§ 135 bis 139 und 139b (Vorschriften für größere Fabriken) der Gewerbeordnung auch auf die nichtfabrikmäßigen Betriebe anzuwenden.

Dieser vom Genossen Schmidt vertretene Standpunkt wurde von den Regierungsvertretern entschieden bekämpft. Man stellte die Behauptung auf, die Arbeitsräume im Fleischereibetriebe gäben zu Klagen keinen Anlaß, die Schlächtergesellen hätten Auslicht, schon früh selbständig zu werden. Deshalb ertrügen die Arbeiter manche Beschwerden des Berufes leichter und wollten keine Aenderung. Die Schlächtergesellen seien gut genährt, die Arbeit abwechselnd und deshalb nicht so schädlich als in anderen Berufen. Versucht wurde, das Gutachten des Reichsgesundheitsamtes zu verteidigen, ein Versuch, der gegenüber den offengelegten Widersprüchen des Gutachtens zu früheren Gutachten desselben Amtes mißlang, wiewohl auch ein Vertreter des Reichsgesundheitsamtes sich bemühte, das Kind des Reichsgesundheitsamtes zu retten.

Bei den Reichstagsabgeordneten der bürgerlichen Parteien war von der großen sozialpolitischen Aera, die in letzter Zeit im Reichstage wiederholt angekündigt wurde, nichts zu verspüren. Die Herren Dr. Pachnide und Schack glänzten durch Abwesenheit; Freiherr Hehl zu Herrnsheim verließ nach einer halben Stunde die Sitzung. Dr. Pieper (C.) empfahl für die Großbetriebe durch Bundesratsverordnung eine Regelung der Arbeitszeit durch Minimalruhepausen, für den Kleinbetrieb lehnte er eine gleiche Maßnahme ab. Zustimmung fand dagegen bei diesem Redner und bei Prof. Hise die Forderung des Verbots des Schlachtens am Sonntag. Zu den übrigen

Forderungen, die vom Genossen Schmidt aufgestellt waren, wurde von den bürgerlichen Abgeordneten keine Stellung genommen. Nachdem Genosse Schmidt eingehend dargetan hatte, wie unzutreffend die Lage der Arbeiter im Fleischeigewerbe von den Regierungsvertretern beurteilt wird, stimmte man den Vorschlägen des Referenten, Ministerialrat Dr. Hfinger, zu. Damit dürften die Erhebungen kaum zu einer sozialpolitischen Maßnahme führen, denn die Vorschläge des Beirats für Arbeiterstatistik können diesen Anspruch nicht erheben. Allerdings sind die Arbeiter in diesem Verufe an dem Ergebnis nicht ganz unschuldig. Die Gewerkschaftsbewegung hat in diesem Gewerbe bisher nicht genügenden Fuß gefaßt, und die Arbeiter, die dieser Bewegung fern stehen, haben fast ohne Ausnahme ihren eigenen Interessen ins Gesicht geschlagen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Getreidepreise und Saatenstandsberichte. — Höhere Baumwollpreise. — Textilindustrien. — Kohle, Eisen, Metalle. — Höherprozentiger Anleihehyp.

Der Hochstand der Getreidepreise an den Börsen hat fortgesetzt. Wenn wir das Letztmal als erreichte Berliner Maximalpreise 199 $\frac{1}{2}$ Mk. für die Tonne Roggen und 203 $\frac{3}{4}$ Mk. für Weizen (beide Notierungen vom 13. Mai) verzeichnen konnten, so ging am 25. Mai der entsprechende (Zulieferungs-) Preis sogar auf 210 Mk. für Weizen und 205 $\frac{1}{2}$ Mk. für Roggen empor, um dann allerdings wieder eine gewisse Abschwächung zu erfahren. Der Chicagoer Weizenpreis pendelt noch immer um den Dollarpunkt (100 Cents pro Bushel) herum, aber er schlägt stärker über 100 hinaus; am 22. Mai betrug er 101 $\frac{1}{2}$ %, am 28. Mai 99 $\frac{1}{4}$; in der Vorwoche stand er vorübergehend sogar auf 103 Cents.

Ausschlaggebend sind nach wie vor die sehr herabgestimmten Ernterwartungen. Entspricht ihnen, was ja mit jedem Tag und jeder Woche deutlicher und greifbarer werden muß, die Wirklichkeit, so werden die jetzigen Hochpreise sobald nicht verschwinden und unter Umständen weiter emporklettern. Vorläufig sind es freilich zumeist sehr unbestimmte Berichte und recht verschwommene Wahrscheinlichkeitsrechnungen, auf die sich die Hausspekulation stützt. An Widersprüchen fehlt es dabei schon jetzt nicht. So erkennt die letzte amtliche Erläuterung der deutschen Saatenstandsberichte zwar an, daß die Winterfalte starken Schaden in den Saaten angerichtet habe und daß „die somit notwendig gewordenen Umpflügungen in vielen Bundesstaaten einen ganz erheblichen Umfang angenommen haben, der dem des Jahres 1901 nicht viel nachsteht“. Sie bezeichnet ferner die plötzlich trockene Hitze Anfang Mai, die selbst in den Nächten nicht wich, für wenig günstig; besonders der Roggen sei vielfach zu rasch in die Halme geschossen. Jedoch wird gleich hinzugefügt, der ganze Westen des Reiches, von Schleswig bis Elsaß-Lothringen, sei hierin vorteilhafter gestellt geblieben; in ganz Süddeutschland fänden die Wintersaaten eine günstigere Beurteilung. „Die Sommersaaten,“ heißt es weiter, „waren um Mitte Mai bis auf kleine Reste von Gerste und Hafer überall gut untergebracht und zum großen Teil schön und gleichmäßig aufgelaufen; verschiedentlich wurde allerdings das Keimen und Aufgehen durch Trockenheit des Bodens erschwert, und stellenweise haben die jungen Saaten auch unter

Verunrautung und Drahtwürmer zu leiden; im allgemeinen aber findet ihr Stand eine günstige Beurteilung.“ Die wegen Auswinterung ungepflügte Fläche beträgt nach dem offiziellen Saatenstandsbericht für Mitte Mai: beim Weizen 27,4 Proz., beim Winterroggen 4,1 Proz., beim Klee 9,3 Proz., bei der Luzerne 7,9 Proz. Indes sollen beim Weizen volle Zweidrittel mit Sommerweizen neu bestellt worden sein, gerade in den meistbetroffenen Gebieten: Sachsen, Braunschweig, Thüringen; durch den Wetterumschlag soll sich an den Feldern viel gebessert haben.

Ähnliche „korrigierende“ Nachrichten häufen sich mit einem Male. Im mittleren und nördlichen Rußland soll es „merklich besser“ um die Ernteaussichten stehen; allerdings werde der ziemlich trostlose Stand im russischen Süden und die jahrelange Lichtung der russischen Vorräte den Weltmarkt wenig davon profitieren lassen. Aber aus Canada kommt gleichfalls die Meldung, daß der vermeintliche Anbauausfall in Frühjahrswitzen nicht zutrefte und die Aussichten günstige seien. Eine Reihe bekannter amerikanischer Bank- und Handelsfirmen erläßt eine Erklärung, daß die Schadenberichte über den Winterweizen aus Kansas, Nebraska, Indiana, Illinois und Ohio, also aus den wichtigsten Produktionsstrichen des Inneren der Vereinigten Staaten, sehr übertrieben seien. Vielleicht bereitet sich hier ein Gegenvorstoß der Baisseparteien vor. Besten Falles würden wir jedoch für das noch laufende Jahr immer wieder auf eine Preisnorm kommen, die hoch über dem gewohnten Durchschnitt bleibt.

Die ungünstigen Wetterverhältnisse in den Vereinigten Staaten beeinflussen leider auch unseren wichtigsten Textilrohstoff. Der am letzten Markttag in New York gezahlte Lokoppreis von 12,90 Cents für Baumwolle übersteigt nicht nur die Höchstnotierung des vorigen Jahres, sondern auch diejenige von 1905 (12,60); im laufenden Jahre waren bisher die Preise stets niedriger. In den meisten Baumwolldistrikten wird über Regen geklagt; die nasse Witterung soll die Feldarbeiten hemmen und den Pflanzenstand verschlechtern.

Doch würden unsere Textilindustrien bei ihrem anhaltend glänzenden Geschäftsgang eine solche Preisbewegung, wenn sie nicht ungeahnt heftig wird, ruhig verschmerzen können. Die Baumwollwebereien sollen in der überwiegenden Mehrzahl schon für das vierte Quartal mit Aufträgen, und zwar zu steigenden Preisen, versorgt sein. Von der Flachsgarnspinnerei wird schon heute das Gesamtjahr 1907 zu den besten gezählt, welche die Branche je gehabt hat. Ähnliches gilt von fast allen Teilen der Leinenindustrie. Aus der Fabrikation der Tuche und Buckfins, der sächsisch-thüringischen Kleiderstoffe, der Möbelstoffe und Teppiche, der Seiden, der Handschuh- und Strumpfwaren, aus der Zuteilindustrie lauten die Berichte fortdauernd günstig. Wenn in der vogtländischen Stiderei für manche Damenkonfektionsstoffe und wollenen Fantasieartikeln augenblicklich nicht gerade die höchste Produktionsanspannung herrscht, so liegt das mehr an vorübergehenden Einflüssen der Mode und der Saison, wie an einem tiefergehenden Geschäftsumschwung.

Ueber die Kohlen- und Eisenproduktion im April liegen jetzt die Ziffern vor. Die Förderung im Deutschen Reich belief sich hier auf 11 460 255 Tonnen Steinkohlen (im April des Vorjahres 10 106 168 Tonnen), 4 896 398 Tonnen (im

Vorjahr 3 743 569 Tonnen) Braunkohlen, 1 777 457 Tonnen (im Vorjahr 1 610 016 Tonnen) Koks und 1 206 976 Tonnen (im Vorjahr 981 155 Tonnen) Preßkohlen und Maßpreßsteine. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. April betrug die Produktion an Steinkohlen 46 870 753 Tonnen (im Vorjahr 45 342 714 Tonnen), an Braunkohlen 19 842 617 Tonnen (im Vorjahre 18 285 781 Tonnen), an Koks 7 015 189 Tonnen (im Vorjahr 6 428 148 Tonnen) und an Preßkohlen und Maßpreßsteinen 5 089 411 Tonnen (im Vorjahr 4 686 618 Tonnen). — Die Hoheisenproduktion der Hochofenwerke Deutschlands (und Luxemburgs), nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, ist für April um ein geringes hinter der März-erzeugung, die Rekordziffern bot, zurückgeblieben, doch sieht sie ansehnlich über den April 1906. Sie belief sich auf 1 077 703 Tonnen (gegen 1 019 149 Tonnen im April 1906 und 1 099 257 Tonnen im März 1907). Der deutsche Roheisenmarkt ist so günstig, daß trotz der hohen heimischen Produktion die Einfuhr stieg, die Ausfuhr fiel. Andererseits ist im Auslande die Preisstellung für Produkte aus Stahl und Eisen derart lohnend, daß der Stahlwerkverband am 25. Mai Ausführungsvergütungen nicht weiter zu gewähren beschloß. Gerade in England und Amerika, wo der Eisenmarkt in rückgängige Bewegung zu geraten schien, ist die Aufwärtsströmung wieder vorherrschend, die Ende Mai die Glasgower Barrantnotiz bis zu seltener Höhe (am 31. Mai 61 Schilling 8½ Pence) emporbrachte — seit den Gipfeljahren 1899/1900 bewegten sich die Jahreshöchstpreise nur zwischen 50 und 55 Schilling, und nur das Vorjahr 1906 verzeichnete vorübergehend eine noch ansehnlichere Maximalnotierung, nämlich 63½ Schilling.

Gegen einen, bereits empfindlich merkbaren allgemeineren Niedergang der Konjunkturkurve sprechen ferner die anhaltend hohen Preise fast aller Metalle. Der Kupferpreis in London, der Anfang April 92 Pfund Sterling betragen hatte — eine sehr ansehnliche Höhe! — ist im Mai vorübergehend bis auf 106½ Pfund Sterling gestiegen und stand am 31. Mai 101—101¼. Zinn erholte sich in der gleichen Zeit von 182½ Pfund Sterling vorübergehend bis auf 195½ und notierte am 31. Mai 190½. Blei ging von 19½ auf 20½ Pfund Sterling empor, Zink hielt sich fest auf seinem Höchststand. Damit vergleiche man aber die früheren Jahresdurchschnittspreise: beim Kupfer 87½ Pfund Sterling in 1906, 69½ in 1905 und 59 in 1904 — beim Zinn 180½ Pfund Sterling in 1906, 143½ in 1905, 126¼ in 1904 — beim Blei 17¼ Pfund Sterling in 1906, 13¼ in 1905, etwas unter 12 Pfund Sterling im Jahre 1904. Trotz stetiger, nicht unbedeutlicher Produktionsvermehrungen bleiben alle diese Metalle mit ihrem Angebot hinter der ungestüm wachsenden Nachfrage zurück.

Die ununterbrochene Geld- und Leihknappheit hat nunmehr eine neue, nicht weiter überraschende Folgeerscheinung gezeitigt. Bayern ist bei seiner neuen Anleihe von 40 Millionen Mark (18 Millionen Mark für allgemeine, 22 Millionen Mark für Eisenbahnzwecke) notgedrungen wieder zum vierprozentigen Typus übergegangen. Selbst gut beurteilte Aktiengesellschaften haben leztthin neue Dauerkredite durch die Ausgabe 4½prozentiger Obligationen aufbringen müssen, so die Solinger Eisenbahn-Gesellschaft, die Zeißer Eisengießerei- und Maschinenbaugesellschaft, die Akkumulatorenfabrik Dagen. Die Gemeinden für ihre Anleihen, die Hy-

pothekendarlehen für ihre Pfandbriefe müssen sich alle auf ähnliche Bedingungen der Leihkapitalsbeschaffung einrichten. In diesen Folgeerscheinungen überragt die diesmalige Hochkonjunkturperiode weitaus die vorige, die mit dem Jahre 1900 endete.

Berlin, 2. Juni 1907.

Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Rückblicke.

VIII. (Schluß.)

War das Jahr 1906 für die deutschen Gewerkschaften reich an Kämpfen, so nicht minder an organisatorischen Erfolgen. In einer nach Industrie-gruppen geordneten Tabelle geben wir unten eine Uebersicht über die Mitgliederentwicklung der Centralverbände im letzten Jahre. Unsere Zahlen sind den Abrechnungen der Centralverbände bezw. den Jahresberichten der Vorstände entnommen, sind also nicht völlig identisch mit den Zahlen der offiziellen Organisationsstatistik der Generalkommission, was darauf zurückzuführen ist, daß in den Quartalsabrechnungen nicht immer, weil nicht rechtzeitig abgerechnet, alle Filialen enthalten sind, die Mitgliederzahlen daher mit denen des vorhergehenden Quartals teilweise ergänzt werden müssen. Aber die Verschiebung, die durch die endgültigen Zahlen der Organisationsstatistik eintreten wird, dürfte, wie im vorigen Jahre, nur eine geringe sein. Um so mehr als wir in diesem Jahre die Ziffern des letzten Quartals für sämtliche Organisationen bis auf eine geben können. Nur für den Verband der Blumenarbeiter stehen uns keinerlei Zahlen zur Verfügung. Wir sind daher genötigt, für diesen Verband die Zahl von 1905 einzustellen. Eine wesentliche Beeinträchtigung der Gesamtziffer entsteht aber durch diese kleine Zahl nicht.

Im letzten Jahre neu hinzugekommen ist der Verband der Photographengehilfen mit 504 Mitgliedern. Dagegen sind die Verbände der Buchdrucker Elsaß-Lothringens (durch Uebertritt zum Buchdruckerverband) und der Vergolder (durch Anschluß an den Holzarbeiterverband) im letzten Jahre als selbständige Organisationen ausgeschieden. Ihre Mitgliederziffern für Jahresluß 1906 erscheinen also in denen der betreffenden Verbände. Die Zahl der Verbände beträgt nach Ausschneiden dieser zwei Organisationen 62 am Jahresluß.

Gewerkschaften.	Mitgliederzahl am	
	31. Dez. 1905	31. Dez. 1906
1. Baugewerbe.		
Asphaltreue	617	680
Bauhilfsarbeiter	55 447	34 611
Dachdecker	5 115	6 412
Maler	30 119	37 122
Maurer	158 680	183 747
Steinsetzer	7 364	9 577
Stuckateure	7 283	8 041
Zimmerer	43 253	52 377
Summa	307 878	382 567
2. Metallindustrie.		
Formstecher	530	485
Grabeure	2 356	2 764
Kupferschmiede	3 851	4 061
Maschinisten und Heizer	11 383	14 859
Metallarbeiter	259 692	335 075
Schiffszimmerer	2 973	3 615
Schmiede	17 191	17 696
Summa	297 976	378 555

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Fabrikarbeiterverband er-
wähnte, nach seinem soeben veröffentlichten Jahres-
bericht, im vorigen Jahre einen Mitglieder-
bestand von 123 215, davon 11 824 weibliche Mit-
glieder. Die Zunahme gegenüber 1905 beträgt
41 283 männliche und 6062 weibliche Mitglieder. Die
Jahreseinnahme des Verbandes belief sich auf
1 755 649 Mk., davon aus Mitgliedsbeiträgen 1 720 809
Mk. Welchen enormen Aufschwung der Verband
zu verzeichnen hat, geht daraus hervor, daß seine vor-
jährige Jahreseinnahme aus Beiträgen und Ein-
trittsgeldern eine höhere ist, als die Gesamteinnahme
von 1890 bis einschl. 1904, also in 15 Jahren, die
1 646 436 Mk. betrug. Die Jahresausgabe für 1906
betrug 1 624 087 Mk., der Vermögensstand am Jahres-
schluß 576 903 Mk. Für Unterstützungen wurde die
Summe von 1 106 729 Mk. verausgabt; davon für
Streikunterstützung (aus der Hauptkasse) 714 405
Mk., Gemäßregelunterstützung 35 846 Mk.,
Rechtschutz 8451 Mk., Sterbegeld 13 404 Mk., Um-
zugsunterstützung 12 393 Mk. und für Erwerbslosen-
unterstützung 322 226 Mk.

Der vierte Verbandstag des Cen-
tralverbandes der Fleischer, der am
1. September in Frankfurt a. M. beginnt, wird sich
unter anderem mit folgenden Fragen beschäftigen:
Die Resultate der reichsstatistischen Erhebungen
über die Arbeitsverhältnisse im Fleischergewerbe;
Lohnbewegungen und Streiks; der Boykott als Waffe
im Kampfe mit dem Unternehmertum; die Tarif-
gemeinschaft im Fleischergewerbe; unsere Stellung-
nahme zu den Genossenschaftsfleischereien; Agitation,
Gewerkschaften und die Geschäftsführung in den
Mitgliedschaften; die Unterstützungs- und die Bei-
tragsfrage.

Der Verband der Friseurgehilfen
hat in Lübeck und im Stadtkreis Lüneburg einen
weiteren Erfolg seiner Bemühungen, die drei zweiten
Feiertage zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten für
die Gehilfen zu erringen, gehabt.

Der Centralvorstand des Holz-
arbeiterverbandes veröffentlicht in der
„Holzarbeiter-Zeitung“ eine Erklärung gegen die
Schwindelnachricht der bürgerlichen und der Hirsch-
Dunderschen Presse. Nach dieser Schwindelnachricht
soll der Vorstand des Holzarbeiterverbandes bei den
Vertragsverhandlungen zur Beilegung der Aus-
sperierung in Berlin sich verpflichtet haben, nach Ab-
lauf des Vertrages keine neue Forderungen in bezug
auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung zu
stellen. Das ist un wahr. Eine solche Zumutung
wurde während der Verhandlungen dem Vorstande
von Unternehmenseite gemacht, aber vom Vorstande
zurückgewiesen, wodurch die Verhandlungen
nahezu gescheitert wären. Schließlich gaben die
Unternehmer diese Forderung preis. — Im übrigen
verweisen wir auf den Artikel „Friedensschluß im
Holzgewerbe“ in Nr. 21 des „Corresp.-Bl.“, in
welchem der Verlauf des Kampfes wie die Friedens-
bedingungen eingehend geschildert sind.

In der „Lederarbeiter-Zeitung“
veröffentlicht der Verbandsvorstand
Vorschläge zur Einführung der Er-
werbslosenunterstützung im Verbands-
Verband gewährt heute bereits Arbeits-
losenunterstützung. Die letzte Generalver-
sammlung beauftragte den Verbandsvorstand, eine
Vorlage für die Einführung der Krankenunter-

stützung auszuarbeiten, falls eine Verschmelzung mit
der Centralkrankenkasse sich nicht ermöglichen lassen
würde. Der letztere Fall ist eingetreten, indem die
Mitglieder der Krankenkasse die Verschmelzung ab-
lehnten. Der Vorstand des Lederarbeiterverbandes
hat nun für die Einführung der Krankenunter-
stützung die Form der Erwerbslosenunterstützung ge-
wählt, teils wegen der Einheitlichkeit, die dadurch
im Unterstützungswesen gewonnen wird, teils wegen
der größeren Vorteile, die den Mitgliedern durch
diese Form der Unterstützung erwachsen. Für weib-
liche Mitglieder soll der Verbandsbeitrag 25 Pf. be-
tragen. Für männliche Mitglieder werden zwei Bei-
tragsklassen eingerichtet, eine zu 50 Pf. und eine zu
65 Pf. pro Woche. Diesen Beitragsätzen und der
Dauer der Mitgliedschaft entsprechend, werden die
Unterstützungen bei Erwerbslosigkeit bemessen. Die
Vorschläge werden der nächsten Generalversammlung
zur Entscheidung unterbreitet werden, nachdem die
Mitglieder durch die jetzige Veröffentlichung ge-
nügend Gelegenheit gefunden haben werden, ihre
Meinung zu äußern.

Der Vorstand des Schneiderver-
bandes veröffentlicht seinen Jahresbericht für
1906. Die Mitgliederzahl ist auf 36 073 gestiegen.
Lohnforderungen wurden gestellt in 122 Orten. In
47 Orten wurden diese ohne Streik erledigt, während
in 75 Orten kurze Streiks zur Durchführung der
Forderungen notwendig waren. An den gesamten
Lohnbewegungen beteiligt waren 18 328 Beschäftigte.
Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von
6298 Stunden und eine Lohnerhöhung von 29 701
Mark pro Woche. — Die Jahreseinnahme des Ver-
bandes betrug einschließlich eines Kassenbestandes
von 114 004 Mk. insgesamt 542 440,27 Mk. Die
Ausgabe belief sich auf 370,556,41 Mk., so daß am
Jahresschluß 1906 ein Kassenbestand von 171 883,86
Mark vorhanden war.

Der Geschäftsbericht des Stein-
arbeiterverbandes für das abgelaufene Ge-
schäftsjahr weist eine rührige Tätigkeit des Ver-
bandes auf. Die Bewegungen ohne Streiks ergaben
für 2019 Beteiligte eine Arbeitszeitverkürzung von
1551 Stunden und eine Lohnerhöhung von 6408,32
Mark pro Woche. Außerdem wurden 36 Angriffs-
streiks geführt, wovon 25 mit vollem oder teilweisem
Erfolg beendet werden konnten. Die finanzielle
Leistungsfähigkeit des Verbandes hat sich äußerst
günstig entwickelt, wie aus folgender Zusammen-
stellung zu ersehen ist. Es betragen die Gesamt-
einnahmen im Jahre 1902: 89 624,16 Mk. = pro
Kopf 11,07 Mk., 1903: 124 224,27 Mk. = pro Kopf
14,40 Mk., 1904: 151 904,82 Mk. = pro Kopf 15 Mk.,
1905: 196 007,18 Mk. = pro Kopf 13,92 Mk., 1906:
304 575,20 Mk. = pro Kopf 16,55 Mk. Die Jahres-
ausgabe stieg von 82 021,38 Mk. im Jahre 1902 auf
276 056,38 Mk. im Jahre 1906, was als eine ganz
respektable Leistung zu betrachten ist. Und der Ver-
mögensbestand stieg in demselben Zeitraum von
6,30 Mk. auf 12,87 Mk. pro Kopf der Mitglieder,
welches einer Gesamtsumme von 50 622,64 Mk. bzw.
236 909,32 Mk. gleichkommt. Außer der letzt-
genannten Summe befand sich noch eine solche in
der Höhe von mehr als 110 000 Mk. in den Kassen
der Zahlstellen am Jahreschluß 1906.

„Der Zimmerer“ veröffentlicht das Re-
sultat der Erhebungen über die Arbeitslosigkeit am
23. Februar 1907 im Vergleich zu den Erhebungen
für den 27. Februar 1903, den 9. Februar 1904, den
17. Februar 1905 und den 20. Februar 1906:

Gewerkschaften.	Mitgliederzahl am		Gewerkschaften.	Mitgliederzahl am	
	31. Dez. 1905	31. Dez. 1906		31. Dez. 1905	31. Dez. 1906
3. Textilarbeiter	77 808	111 532	14. Sonstige Berufe.		
4. Handels- u. Transportgewerbe.			Bureauangestellte	703	1 188
Hafenarbeiter	16 891	25 223	Fabrikarbeiter	75 870	123 215
Handels- u. Transportarb.	50 654	81 784	Gemeindearbeiter	20 818	23 238
Handlungsgehilfen	5 815	6 692	Zivilmusiker	756	979
Lagerhalter	1 452	1 680	Summa	98 147	148 620
Seeleute	3 381	7 132	Endresultat der Mitgliederzahlen am 31. Dezember		
Summa	78 193	122 511	1905:	1906:	
5. Bergarbeiter	105 060	110 247	1. Baugewerbe	307 878	382 567
6. Bekleidungsindustrie.			2. Metallindustrie	297 976	378 555
Barbiere	1 416	1 909	3. Textilarbeiter	77 808	111 532
Blumenarbeiter	510	510	4. Hdl.- u. Transp.-Gew.	78 193	122 511
Handschuhmacher	3 100	3 686	5. Bergarbeiter	105 060	110 247
Hutmacher	5 517	6 806	6. Bekleidungsindustrie	78 495	91 273
Mürschner	1 820	1 906	7. Holzindustrie	149 240	170 232
Schneider	31 286	36 073	8. Nahrungsmittelindustrie	72 225	88 055
Schuhmacher	28 546	35 322	9. Gastwirtsgehilfen	3 908	6 309
Wäschearbeiter	6 300	5 061	10. Gärtner	4 017	4 530
Summa	78 495	91 273	11. Industrie der Steine und Erden	48 330	57 840
7. Holzindustrie.			12. Papier- u. Lederindustrie	40 977	47 125
Bildhauer	4 875	4 905	13. Polygraphische Gewerbe	67 049	77 889
Böttcher	7 200	8 075	14. Sonstige Berufe	98 147	148 620
Glasler	4 783	4 970	Summa	1 429 303	1 797 285
Holzarbeiter	130 141	151 717	Mitgliederzunahme im Jahre 1906: 367 982		
Schirmmacher	395	565	Das Resultat der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit des letzten Jahres ist demnach eine Mitgliederzunahme von 367 982, was gleichbedeutend mit 1 797 285 in unseren Gewerkschaften organisierten Arbeitern ist. Dadurch ist die Ziffer von 1905 (316 084), die bis dahin die höchste Ziffer war, bei weitem überholt. Wiederum haben also unsere Gewerkschaften in einem Jahre einen Mitgliederzuwachs gehabt, der bedeutend höher ist, als das Gesamtergebnis der bisherigen Organisationsarbeit der Christlichen, der stärksten Sondergruppe der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Unter solchen Umständen brauchen wir keineswegs zu befürchten, daß die vorhandenen Sonderorganisationen unseren weiteren Vormarsch ernsthaft hindern könnten. Daran werden auch die Bestrebungen der Unternehmer und ihrer Agenten, die auf die Gründung gelber Streikbrecherorganisationen gerichtet sind, nichts ändern. Um so mehr, als auch die diesjährige Gewerkschaftsstatistik, wie bisher, unzweifelhaft den Nachweis erbringen dürfte, daß die Leistungsfähigkeit unserer Gewerkschaften in demselben Maße gestiegen ist, wie ihre Mitgliederzahl. Erhöhte Leistungsfähigkeit aber bedeutet ohne weiteres höhere Werbekraft.		
Berggoldder ¹⁾	1 846	—	Soweit bisher Nachrichten über die Mitgliederbewegung im ersten Quartal des laufenden Jahres bekannt geworden sind, hat die günstige Entwicklung des vorigen Jahres angehalten. Wir haben also die begründete Hoffnung, daß die zweite Million in unseren Centralverbänden gewerkschaftlich organisierter Arbeiter demnächst erreicht sein wird.		
Summa	149 240	170 232	Ein Jahr des Kampfes und der organisatorischen Erfolge war das Jahr 1906. Daß auch unsere Kämpfe erfolgreich waren, hat selbst die auf Polizei- und Unternehmerberichten basierende amtliche Streikstatistik nachweisen müssen. Mögen auch vereinzelt Niederlagen zu verzeichnen sein, auch diese werden nur dazu dienen, die Kraft der gewerkschaftlichen Bewegung durch entsprechenden Ausbau der Organisation zu heben.		
8. Nahrungsmittelindustrie.			¹⁾ Trat am 1. Oktober zum Holzarbeiterverband über. ²⁾ Schloß sich dem Buchdruckerverband an. ³⁾ Seit 1906 der Generalkommission angeschlossen.		
Bäcker	11 374	13 559			
Brauer	23 342	28 602			
Fleischer	2 484	2 933			
Ronditoren	3 071	2 594			
Müller	4 208	4 888			
Tabakarbeiter	25 907	32 752			
Zigarrensortierer	1 839	2 727			
Summa	72 225	88 055			
9. Gastwirtsgehilfen	3 908	6 309			
10. Gärtner	4 017	4 530			
11. Industrie der Steine und Erden.					
Glasarbeiter	11 078	14 252			
Porzellanarbeiter	11 149	14 169			
Steinarbeiter	15 090	17 702			
Töpfer	11 013	11 717			
Summa	48 330	57 840			
12. Papier- und Lederindustrie.					
Buchbinder	17 861	20 471			
Lederarbeiter	6 772	7 952			
Portefeuille	3 579	3 977			
Sattler	6 010	6 717			
Tapezierer	6 755	8 008			
Summa	40 977	47 125			
13. Polygraphische Gewerbe.					
Buchdrucker	44 476	48 447			
Buchdrucker, Elfaß-Lothr. ²⁾	940	—			
Buchdruckerei-Hilfsarbeiter	8 086	12 689			
Lithographen u. Steindrucker	13 094	15 798			
Notenstecher	453	451			
Photographen ³⁾	—	504			
Summa	67 049	77 889			

schusses in seine Tätigkeit erheblich beschwert fühlte, fordert derselbe die genaue Abgrenzung der Befugnisse des Ausschusses durch den Verbandstag.

Die gedruckten Berichte werden mündlich ergänzt; woran sich der mündliche Bericht des Gauleiters für Rheinland-Westfalen anschließt. Derselbe schildert die Mühseligkeit der dortigen Agitation und legt dar, daß er zurückgetreten sei von seinem besoldeten Posten, um dem Verbands etwas zu sparen. Im weiteren verbreitet sich der Redner über den Hamelner Streik, der dem Ausschuss Anlaß zur Einmischung gab.

Der Bericht der Mandatprüfungskommission wird zur Kenntnis genommen und zwei Vertreter von Berlin und Ludwigshafen, die außer den Delegierten erschienen, mit beratender Stimme zugelassen.

In der Debatte werden die Differenzen mit dem Ausschuss und die Frage der Verschmelzung zu einem Lebensmittelarbeiterverband erörtert, wobei auch ein Zusammenschluß mit dem Transportarbeiterverband als vorteilhaft bezeichnet wird. Im Schlußwort erklärt der Verbandsvorsitzende, daß die Müller die Verschmelzungsfrage eifrig betrieben, aber damit wenig Verständnis bei den berufsverwandten Verbänden gefunden haben. Er warnt vor der Ueberschätzung der Vorteile einer Verschmelzung und will das Hauptgewicht darauf gelegt wissen, alle im modernen Mühlenbetriebe beschäftigten Arbeiter dem Mühlenarbeiterverbande zuzuführen.

Von den zu diesem Punkte vorliegenden Anträgen werden angenommen: die Einführung von Mitgliedsarten für das erste Jahr der Mitgliedschaft, sowie einige Verbesserungen in der Ausgestaltung der Mitgliedsbücher; die Haftung der Lokalfassen für verlorene Marken; die Ermächtigung des Vorstandes, die Verbandsfunktionäre an den gewerkschaftlichen Unterrichtskursen teilnehmen zu lassen; sowie die Verpflichtung des Vorstandes, der Frage der Gründung eines Lebensmittelarbeiterverbandes wieder näherzutreten und im Falle des Scheiterns dieser Bestrebungen Kartellverträge mit anderen Organisationen zwecks wirksamer Agitation abzuschließen. Ferner sollen die Befugnisse der Verbandsfunktionäre und ihre Verantwortung genau abgegrenzt werden.

Der Punkt „Taktik bei Lohnbewegungen“ führt nach einem sehr gründlichen Referat des Verbandsvorsitzenden zu einer lebhaften Debatte, in welcher besonders die in den Streiks zu Hameln, Niederlahnstein und Ludwigshafen gemachten Erfahrungen erörtert werden. Auch der Wert des Boykotts als Kampfmittel wird gestreift und bedauert, daß bei der Durchführung solcher Boykotts auf die Unterstützung seitens der Konsumvereine kein Verlaß sei. Der Vertreter des Vorstandes erklärt demgegenüber, daß die Konsumvereine und besonders die Großeinkaufsgesellschaft den Wünschen der Organisation stets in bereitwilligster Weise entgegengekommen sei. Der Vertreter der Generalkommission legt die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften und im besonderen die daraus für erstere erwachsenden Verpflichtungen dar. Vor allem sei es notwendig, daß die Gewerkschaftsmitglieder sich den Konsumvereinen anschließen und tüchtige Genossenschaftler werden. Eine Reihe von Änderungen des Streikreglements wird angenommen.

Die nachfolgenden Punkte „Agitation, Gaueinteilung und Ausbau der Zeitung“ werden gemeinsam zur Debatte gestellt. Der Referent über

„Gaueinteilung“ plädiert dafür, daß die gegenwärtig hauptsächlich aus lokalen Mitteln besoldeten Gauleiter aus der Verbandskasse besoldet werden, sowie daß 8 Gaue eingerichtet und zunächst 5 Gauleiter mit Gehalt angestellt werden. Der Referent über den „Ausbau des Fachorgans“ ergeht sich in längeren Ausführungen über die Kosten, die ein wöchentliches Erscheinen des Blattes erfordern würden, und hält für diesen Fall die Anstellung eines dritten Beamten im Hauptvorstand für unumgänglich. Nach längerer Generaldebatte, in der zugleich alle die materiellen Leistungen des Verbandes berührenden Anträge erörtert werden, wird eine Redaktionskommission eingesetzt, um dem Verbandstag geeignete Vorschläge zu machen. Ueber die Beschlüsse des Kölner Gewerkschaftskongresses referiert Bartels-Cöln. Zum Delegierten für den nächstjährigen Gewerkschaftskongress wird Kappeler, zum Ersatzmann Kemmele gewählt.

Bei Spezialberatung der einzelnen Anträge wird zunächst die Anstellung eines dritten Beamten im Hauptvorstand abgelehnt, dagegen werden drei besoldete Gauleiter in Breslau, Nürnberg und Mannheim angestellt. Der Vorstand wird ermächtigt, zwei weitere Gauleiter anzustellen, sobald dies der Etat zuläßt. Ein Gaueinteilungsplan wird gutgeheißen. Beim Reglement für die Gaue wird beschlossen, daß die Zahlstellen die Kosten der Gaue selbst zu tragen haben. Die Gauleiter erhalten 1800 Mk. Anfangsgehalt und 100 Mk. Wohnungszuschuß.

Das Fachorgan erscheint wie bisher dreimal im Monat und führt künftig den Titel „Mühlenarbeiterzeitung“. Als Preßkommission fungiert der Vorstand, als weitere Beschwerdeinstanz der Ausschuss.

Eine Sitzverlegung des Hauptvorstandes wird abgelehnt. Hinsichtlich des Unterstützungswezens wird zunächst eine Ausdehnung der Fristen für die Staffellung der Sterbeunterstützung auf 8 Jahre beschlossen. Reise-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wird gezahlt in der 1. Klasse 50 Pf. pro Tag nach einjähriger und 75 Pf. nach zwei- und mehrjähriger Mitgliedschaft, in der 2. Klasse 75 Pf. täglich nach einjähriger, 1 Mk. nach zweijähriger und 1,20 Mk. nach drei- und mehrjähriger Mitgliedschaft. Kranke Ausgesteuerte sind vom Beitrag befreit, indes werden die beitragsfreien Wochen auf die Karenzzeit nicht angerechnet.

Die Streikunterstützung soll betragen in der 1. Beitragsklasse 4 Mk. für Ledige und 6 Mk. für Verheiratete, in der 2. Klasse 11 Mk. für Ledige und 14 Mk. für Verheiratete. Für Kinder unter vierzehn Jahren wird eine tägliche Zulage von 75 Pf. pro Kind gewährt.

Der Wochenbeitrag wird auf 50 Pf. festgesetzt, wozu allmonatlich die bisherige Sterbegeldmarke auch weiterhin erhoben wird. Dagegen wird eine zweite Beitragsklasse von 30 Pf. pro Woche für diejenigen Zahlstellen eingerichtet, in denen der durchschnittliche Wochenverdienst hinter 18 Mk. zurückbleibt.

Sodann wird zur Statutenberatung beschlossen, daß dem Verbands alle in Getreide-, Reis-, Oel-, Farb- und anderen Mühlen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen beitreten können, ebenso die in den zugehörigen Lagerräumen und die in der Mineral- und Schälindustrie beschäftigten Arbeiter (ausschließlich der Transportarbeiter und fremden Handwerker). Der Verband führt künftig den Namen „Centralverband der Mühlenarbeiter Deutschlands“. Dem Vorstand wird anheimgestellt,

Jahr	Es beteiligten sich		Nicht arbeitslos waren		Arbeitslos waren wegen					
	Zahlstellen	Mitglieder	Mitglieder	in Prozenten	Arbeitslosigkeit	in Prozenten	Wirtungseinflusses	in Prozenten	Arbeitsmangels	in Prozenten
1903 ..	411	22512	18816	83,58	666	2,96	188	0,84	2842	12,62
1904 ..	463	27715	20850	75,23	847	3,05	423	1,52	5595	20,18
1905 ..	500	33169	25238	76,10	1275	3,84	351	1,05	6305	19,01
1906 ..	558	37876	31722	83,75	1059	2,80	386	1,02	4709	12,43
1907 ..	592	45071	33849	75,10	1481	3,29	1516	3,36	8225	18,25

Die Erhebungen am 30. März 1907 ergaben, verglichen mit denen vom 26. März 1903, 10. März 1904, 18. März 1905 und 20. März 1906, folgendes Resultat:

Jahr	Es beteiligten sich		Nicht arbeitslos waren		Arbeitslos waren wegen					
	Zahlstellen	Mitglieder	Mitglieder	in Prozenten	Arbeitslosigkeit	in Prozenten	Wirtungseinflusses	in Prozenten	Arbeitsmangels	in Prozenten
1903 ..	406	22826	20869	91,42	574	2,52	78	0,34	1305	5,72
1904 ..	456	28518	23248	81,53	792	2,77	265	0,92	4218	14,78
1905 ..	510	32738	28521	87,14	938	2,86	170	0,51	3169	9,44
1906 ..	542	38354	34339	89,53	922	2,40	583	1,52	2510	6,55
1907 ..	572	44587	40807	91,52	1118	2,51	217	0,59	2445	5,48

Aus der Statistik sind die Zahlstellen ausgeschieden, die sich im Lohnkampfe befanden. Es waren dies am 23. Februar d. J. 3 Zahlstellen mit 74 Mitgliedern, am 30. März d. J. 5 Zahlstellen mit 160 Mitgliedern.

Folgende Mitgliederzahlen am Schlusse des ersten Quartals 1907 sind soeben veröffentlicht worden: Bureauangestellte 1225, Graveure 2544, Gutmacher 7057 und Schuhmacher 36 476.

Kongresse.

Neunter Verbandstag der Mühlenarbeiter Deutschlands.

Mainz, 19. bis 22. Mai 1907.

Die Verhandlungen finden in dem schön gelegenen Etablissement der „Neuen Anlagen“ statt. Es sind 37 Delegierte, so wie der rheinisch-westfälische Gauleiter, 2 Vertreter des Vorstandes und 1 Vertreter des Ausschusses anwesend. Die abwesenden Gauleiter werden telegraphisch eingeladen.

Die Berichte des Vorstandes und Ausschusses über die dreijährige Geschäftsperiode liegen im Druck vor. Dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Verband sich erfreulich entwickelt hat. Die Mitgliederzahl stieg von 2893 (Ende 1904) auf 4838 (Ende 1906), also um 1995. Indes sind in den 3 Jahren 7427 Personen eingetreten, so daß 5422 Mitglieder wieder ausschieden. Die Fluktuation ist danach noch immer eine sehr starke, trotz der ansehnlichen Unterstützungseinrichtungen und der gut entwickelten Gaueinteilung. Ueber die Ursachen der Fluktuation wird nichts mitgeteilt; indes wird man nicht fehlgehen mit der Annahme, daß die größere Kampfstätigkeit des Verbandes einen enormen Druck der Arbeitgeber ausgelöst hat, dem die noch verhältnismäßig schwache Mühlenarbeiterorganisation weit mehr ausgesetzt ist, als andere Gewerkschaften.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen in der Zeit von Ende 1903 bis Ende 1906 271 039,87 Mark; davon entfielen auf die Hauptkasse 216 832,66

Mark, auf die Gaufassen 10 563,89 Mk., auf die Lokalfassen 42 217,27 Mk. und auf die Sterbefasse 1103,20 Mk., (einschließlich eines Bestandes von 25 121,45 Mk.) insgesamt 241 954,10 Mk. Die Gesamtausgaben betragen 204 004,63 Mk. Der Kasienbestand am Beginn 1907 belief sich auf 37 949,47 Mk. Unter den Ausgaben verdienen besonders Erwähnung: Streifunterstützung, Gemafregelunterstützung und Lohnbewegungen 58 398,34 Mk.; Verbandsorgan 17 687,89 Mk.; Agitation 19 506,55 Mk.; Arbeitslosenunterstützung 19 844,35 Mk.; Krankenunterstützung 32 718,45 Mk.; Reiseunterstützung 3205,95 Mk.; Sterbegeld 11 495 Mk.; Notfallunterstützung und Umzugsgeld 6138,84 Mk.; Rechtsschutz 4299,46 Mk.; Verbandstage, Konferenzen 2341,42 Mk.; Verwaltungskosten 20 971,16 Mk. usw. Während die Ausgaben für Streiks und Gemafregel und Rechtsschutz in den 3 Jahren sich auf 15,98 Mk. pro Kopf der Mitglieder stellen, wurden für andere Unterstützungszwecke 19,61 Mk. verausgabt.

Wie bedeutend sich die Kampfstätigkeit des Verbandes entwickelt hat, beweist der Umstand, daß seine Ausgaben für Streiks und Gemafregel in der Geschäftsperiode 1901—1904 nur 4183,32 Mk. betragen hatten. In entsprechendem Maße hat sich auch der soziale Gegensatz verschärft. Bedeutende Streiks wurden geführt in Bremen, Hameln, Ludwigshafen usw. In den Jahren 1905 und 1906 wurden von 2896 Arbeitern in 73 Orten und 137 Betrieben Forderungen gestellt. 2745 Personen nahmen an den Bewegungen teil. Zum Streik kam es in 16 Fällen. Acht Streiks endeten mit vollem drei mit teilweisem Erfolg und fünf ohne Erfolg. Erreicht wurde durch diese Bewegungen 4075 Stunden Arbeitszeitverkürzung wöchentlich für 749 Kollegen und 4334 Mk. Lohnzulage pro Woche für 2142 Kollegen, ferner bessere Bezahlung der Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit für 950 Kollegen, Beseitigung der Akkordarbeit für 76 Kollegen und sonstige Verbesserungen für 373 Kollegen. Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge beträgt 13; sie erstrecken sich auf 596 Arbeiter. Diese Angaben lassen erkennen, daß der noch kleine Verband doch ganz Erhebliches für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen geleistet hat.

Im Laufe der Geschäftsperiode wurden fünf Gauleiter angestellt, von denen der für Rheinland-Westfalen 1905 von seinem Posten zurücktrat, weil die Zahl der vorläufig zu gewinnenden Mitglieder die dauernde Anstellung nicht lohne. Er war erbtig, diese Tätigkeit im Nebenamt weiterzuführen. Die Hauptverwaltung mußte durch Anstellung einer zweiten Kraft verstärkt werden.

Die Verschmelzungsfrage (Industrieverband der Lebens- und Genussmittelarbeiter) ist kaum vorwärts gekommen. Die Schuld daran liege nicht an den Mühlenarbeitern. Indes bietet der bevorstehende Zusammenschluß der Bäcker und Konditoren die Aussicht, nach Jahresfrist vielleicht einer Einigung näherzukommen. Auch mit dem Vorstand des Brauerverbandes wurden bezügliche Verhandlungen geführt und der verstorbene Vorsitzende Bauer stand der Verschmelzungsfrage sympathisch gegenüber. Der neue Vorsitzende hat sich zu dieser Angelegenheit noch nicht geäußert.

Mit dem Ausschuss ist der Vorstand verschiedentlich in Differenzen gekommen, so aus Anlaß von Lohnbewegungen, ferner wegen der Diätenberechnung, Erhebung von Extrabeiträgen usw. Der Ausschussbericht geht auf diese Fälle näher ein. Da sich der Vorstand durch diese Eingriffe des Aus-

hältnis zur Internationalen Transportarbeiter-Federation war ein gutes.

Leider war es dem Verbandsvorstande nicht möglich, den Beschluß der Frankfurter Generalversammlung: Uebertritt der Leitergerüstbauer zum Bauarbeiterverbände, zur Durchführung zu bringen, weil diese den Uebertritt einstimmig abgelehnt haben. Mit den Verbänden der Holz-, Metall-, Fabrik- und Bauarbeiter ist das gegenseitige Verhältnis ein leidliches, so daß auch in Zukunft ein erträgliches Arbeiten möglich sein wird. Auch mit dem Verbands der Gemeindearbeiter sind die früheren Differenzen bezüglich der Straßenbahner beigelegt worden. Dagegen ist das Verhältnis zum Brauerverbände ein geradezu unleidliches. Derselbe erstreckt seine Tätigkeit auf Betriebe, die mit der Brauerei in gar keinem Zusammenhange stehen. Die Art und Weise der Agitation des Brauereiarbeiterverbandes fordere zum schärfsten Protest heraus. Auch einzelne Gewerkschaftskartelle, insbesondere Görlitz und Leipzig, stellen sich auf den Standpunkt des Brauereiarbeiterverbandes und maßten sich damit Funktionen an, die ihnen nicht zustehen.

Die Tätigkeit des Arbeitsnachweises hat sich erfreulich gehoben. — In den letzten beiden Jahren waren 849 Lohnbewegungen und Lohnkämpfe zu verzeichnen, an denen 57 270 Personen beteiligt waren. Dieselben brachten außer sonstigen erheblichen Erfolgen für 17 861 Beteiligte 129 819 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 43 009 Beteiligte 107 873 Mk. Lohnerhöhung pro Woche.

Die Berichterstattung bei den Lohnbewegungen läßt noch viel zu wünschen übrig. Mit aller Energie müsse darauf gehalten werden, daß seitens der Mitglieder einmal abgeschlossene Verträge auch gehalten werden. Von allen Eingaben an die Behörden usw. müssen dem Verbandsvorstande Abschriften zugestellt werden. In einzelnen Fällen haben sich auch Differenzen zwischen Vorstand und Angestellten herausgestellt, die der Abhilfe bedürfen.

Den streikenden Seeleuten in Hamburg spricht die Generalversammlung ihre weitestgehende Sympathie aus. Der Kassenbericht weist folgende Angaben auf: Einnahme der Hauptkasse 1 208 988 Mk., Ausgabe 1 036 471 Mk. Dazu kommen die Einnahmen der Streikkasse mit 81 846 Mk. Der Kassenbestand am Jahreschlusse 1906 belief sich auf 260 019 Mk. In einzelnen beliefen sich die Ausgaben auf: 85 239 Mk. für Druck des Fachorgans, 18 401 Mk. für Expedition, Redaktion 5445 Mk., Drucksachen 29 359 Mk., Krankenunterstützung 112 994 Mk., Arbeitslosenunterstützung 67 401 Mk., Notfälle 9400 Mk., Sterbeunterstützung 14 047 Mk., Rechtsschutz 25 551 Mk., Verwaltung (persönliche) 51 322 Mk., (sächliche) 11 610 Mk., Gauagitation 114 781 Mk., allgemeine Agitation 10 830 Mk., Kongresse, Konferenzen 13 154 Mk. usw.

Den Bericht des Ausschusses gibt Lübeck-Magdeburg. Derselbe hatte sich nur mit Beschwerden persönlicher Natur zu beschäftigen, bei denen er sich mit Ausnahme eines Falles auf die Seite des Hauptvorstandes stellte. Durch den Bericht wird eine Lüge der „Magdeburger Zeitung“ aufgedeckt. Der Ausschuss hatte sich bezüglich Entscheidung über eine Feuerungszulage für die Verbandsangestellten für unzuständig erklärt. Daraus hat die „Magdeburger Zeitung“ gemacht, der Ausschuss habe erklärt, eine erhebliche Verteuerung bestehe nicht; die Gehälter der Beamten seien hoch genug. Auch der Reichslügenverband hat sich natürlich diese Lüge zu eigen gemacht. Werner-Berlin stellt dazu fest, daß

der Antrag selbst nicht von den Angestellten, sondern von Berliner nichtangestellten Verbandsmitgliedern ausgegangen ist. Bei der Berichterstattung über den Antrag ist kein Wort gesagt worden, das der „Magdeburger Zeitung“ Anlaß zu ihrem Schwindel gegeben haben könnte.

Bezüglich des Streites mit den Brauereiarbeitern erklärt der Vertreter der Generalkommission auf Befragen, daß diese die Auffassung vertreten, durch die bekannten Beschlüsse der Vorstände-Konferenz sei die Frage: Zu welcher Organisation die Bierfahrer gehören, nicht entschieden. Es müsse den beteiligten Organisationen überlassen bleiben, in strittigen Agitationsgebieten durch besondere Vorträge Regelung zu schaffen. Diese Erklärung ruft den lebhaftesten Protest des gesamten Verbandstages hervor. Schumann und Schulski führen aus, daß diese Erklärung in direktem Widerspruch stehe mit den Erklärungen des Referenten Umbreit zu der Grenzstreitigkeiten-Resolution der letzten Vorstände-Konferenz und der dazu gestellten Anträge. In der weiteren Diskussion wird von Zimmer-Breslau der Wunsch ausgesprochen, die Generalkommission möge sich die Beschaffung von Lokalen in Schlesien-Posen noch energischer angelegen sein lassen als bisher. Für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter werden Agitationschriften gewünscht. Bezüglich der Lokalvereine wird empfohlen, auf Grund der Beschlüsse des Mannheimer Parteitages mit Hilfe der Gewerkschaftskartelle an dieselben heranzutreten, um sie zum Uebertritt zu veranlassen. Zur Grenzstreitigkeitenfrage empfiehlt Stelling-Lübeck folgende Resolution, die einstimmige Annahme findet:

„Die 5. Generalversammlung bedauert lebhaft die in der modernen Arbeiterbewegung wohl einzig dastehende unerhörte Kampfweise des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter. Insbesondere verurteilt sie auf das Entschiedenste die systematisch erfolgende Abtreibung von Kollegen, über deren Zugehörigkeit zum Centralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands auch nicht der geringste Zweifel bestehen kann.“

Die Generalversammlung erklärt ferner, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt steht:

Sämtliche in Industriebetrieben irgendwelcher Art beschäftigten Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter gehören unbedingt zum Transportarbeiter-Verband; die vermeintlichen Anspruchsrechte anderer Organisationen auf diese Berufsklassen sind unberechtigt.

Die Generalversammlung erwartet vom Centralverband deutscher Brauereiarbeiter, daß er sich fortan dem Transportarbeiterverband gegenüber in solchen Bahnen bewegt, die einer modernen Arbeiterorganisation würdig sind.“

Ferner erjucht der Redner den Vorstand, eine Entscheidung der Generalkommission über die Organisationszugehörigkeit der Bierfahrer herbeizuführen. In der Provinz lasse vielfach auch das Zusammenarbeiten mit den Metall- und Fabrikarbeitern zu wünschen übrig. Auch gegen den Bäckerarbeiterverband werden Beschwerden erhoben. Der Buchdruckerei-Gilfsarbeiterverband beansprucht jetzt auch die Zeitungsaussträgerinnen für sich. Es müsse beizeiten, durch Abschluß von Verträgen, dafür gesorgt werden, daß es hier nicht erst zu Differenzen kommt. Zu den Ausführungen der verschiedensten Redner über die Stellung der Generalkommission zu den Grenzstreitigkeiten erklärt der Vorsitzende Schumann, daß sich alle Anträge erübrigen, weil diese Frage durch die Vorstände-Konferenz und zwar im Sinne des Transportarbeiterverbandes geregelt ist, und diese Regelung durch spätere Auslegungen der Generalkommission nicht aufgehoben werden kann. Das kann

die Statuten in polnischer Sprache herauszugeben. Den Zahlstellen wird das Recht gegeben, ihre Mitglieder mit Zustimmung des Hauptvorstandes zur Zahlung von Extrabeiträgen zu verpflichten. Die einmal eingeführten Lokal- und Streikbeiträge können nur mit Zustimmung des Vorstandes wieder beseitigt werden. Verweigerung der Beitragsleistung hat den Ausschluß aus dem Verband zur Folge.

Der ordentliche Verbandstag soll alle 3 Jahre zu Pfingsten stattfinden. Auf je 100 Mitglieder soll ein Delegierter kommen. Zahlstellen mit mindestens 250 Mitgliedern können auf eigene Kosten einen zweiten Delegierten entsenden. Die übrigen Zahlstellen zahlen zu den Verbandstagskosten einen Beitrag von 30 Mk. pro Wahlkreis.

Als Delegierter zum Internationalen Arbeiterkongreß zu Stuttgart 1907 wird Kemmele gewählt. Das Gehalt des 1. Vorsitzenden wird auf 2500 Mk., das des zweiten auf 2200 Mk. festgesetzt, beide mit jährlichen Zulagen von 50 Mk. bis zur Höhe von 2800 Mk. Die Gehaltszulage für den zweiten Beamten beträgt in den ersten drei Jahren 100 Mk., die Steigerungssätze für die Gauleiter betragen in den ersten fünf Jahren je 100 Mk. und von da ab jährlich 50 Mk. bis zur Grenze von 2500 Mk. Der Diätensatz für auswärtige Agitation beträgt 6 Mk. pro Tag, bei Uebernachtung 7 Mk.

Als Vorsitzender und Kassierer wird Kämpfer, als Redakteur und Sekretär Kemmele gewählt. Als Sitz des Ausschusses wird Leipzig bestimmt.

Das neue Statut tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Als Diäten werden für den Verbandstag 8 Mk. pro Tag sowie 4 Mk. Arbeitsentschädigung gezahlt.

Der nächste Verbandstag findet in München statt.

Damit sind die Arbeiten des Verbandstages abgeschlossen.

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter.

Berlin, 20.—25. Mai 1907.

Mit der diesmaligen Generalversammlung schließt ein Jahrzehnt der Entwicklung des Verbandes auf seiner heutigen Grundlage. Die zünftlerischen Ueberlieferungen, die sich auf die meisten Organisationen der gelehrten Arbeiter übertrugen und damit das Aufkommen des Organisationsgedankens in denselben wesentlich erleichtert haben, fehlen der Organisation der Handels- und Transportarbeiter fast gänzlich. Was an organisatorischen Anfängen vorhanden war, waren fast ausschließlich Unterstützungsvereinigungen. Mit Berufsfragen im wirtschaftlichen Sinne befaßten sich dieselben gar nicht. Langer und schwerer Kämpfe hat es bedurft, um die einzelnen Lokalvereine für den Gedanken der Centralisation zu gewinnen. Ein Jahrzehnt der Entwicklung hat es gekostet, alle die lokalen Widerstände zu überwinden, bis dann vor zehn Jahren in Altenburg die Gründung des Centralverbandes vor sich ging. Mit 27 Verwaltungsstellen und 3770 Mitgliedern wurde der Verband gegründet. Am Schlusse des Jahres 1906 zählte der Verband in 257 Zahlstellen 81 750 Mitglieder, gegenwärtig ist der Verband nicht mehr weit vom ersten hunderttausend Mitglieder entfernt. In den letzten zehn Jahren hat der Verband über 11 000 Lohnbewegungen geführt, durch die für 28 270 Mitglieder Arbeitszeitverkürzung und für 67 896 Mit-

glieder Lohnerböhrungen erreicht wurden. In erfolgreicher Weise hat die Organisation auch auf die geistige Hebung der Berufsangehörigen eingewirkt.

Es sind 108 Delegierte, darunter zwei weibliche, auf dem Verbandstage anwesend. Weiter sind vertreten: der Ausschuß durch Lüdecke-Magdeburg, der Centralvorstand durch fünf Mitglieder, zwei Revisoren, die Redaktion und Preßkommission und sämtliche Gauvorsitzende. Ferner sind vertreten: Die Internationale Transportarbeiter-Federation, die österreichischen und ungarischen Bruderorganisationen, die Verbände der Hafenarbeiter, Seeleute, süddeutschen Eisenbahner, Handlungsgehilfen, Lagerhalter, die Berliner Gewerkschaftskommission und die Generalkommission.

Der Bericht vom Kölner Gewerkschaftskongreß wird von der Tagesordnung abgesetzt. Ein Antrag München wünscht, daß der Verband Stellung nimmt zur christlichen Organisation. Da es sich hier um eine Frage handelt, die nicht von einem Arbeiterkongreß erledigt werden kann, so wird der Antrag zurückgezogen. Die Antragsteller wünschen jedoch, daß in dieser Frage grundsätzliche Klarheit, namentlich unter den agitatorisch tätigen Genossen aller Berufe, geschaffen wird.

Aus Anlaß der Mandatsprüfung wird beschlossen, daß auf die Kandidatenlisten zu den Verbandstagswahlen mindestens die doppelte Zahl von Kandidaten zu setzen ist, als Delegierte gewählt werden sollen.

Im Anschluß an den gedruckt vorliegenden, 256 Seiten umfassenden Vorstandsbericht empfiehlt der Vorsitzende Schumann, in Zukunft Jahresberichte herauszugeben. Es ließen sich dann die Berichte über die Lohnbewegungen mehr spezialisieren. Derselbe tadelt, daß viel zu wenig allgemein belehrende und aufklärende Vorträge in den Ortsverwaltungen veranstaltet werden. Ueber den Kämpfen und Bedürfnissen des Tages darf die prinzipielle Aufklärung nicht versäumt werden. Für die Agitation in den Gauen hat der Verband erhebliche Aufwendungen gemacht. Der Organisationsplan des Vorstandes geht dahin, nicht die Zahl der Gauen zu erhöhen und diese zu verkleinern, sondern nach und nach, soweit es möglich ist, den besoldeten Gauvorstehern besoldete Hilfskräfte zur Seite zu stellen, die dem Vorsitzenden die agitatorischen Kleinarbeiten abzunehmen haben, so daß dieser sich größeren und allgemeineren Aufgaben zuwenden kann. In den letzten Jahren sind im Verbandsverbande 31 neue Beamte eingestellt worden. Insgesamt waren am Jahreschlusse 1906 84 Angestellte im Dienste des Verbandes tätig. Redner mündet sich gegen die Anträge, die die Anstellung der Beamten der Einwirkung des Centralvorstandes entziehen wollen, oder die bezwecken, die Abhaltung jährlicher Gaukonferenzen obligatorisch zu machen. Die bisherigen Gegensätze zwischen den Straßenbahnern Nord- und Süddeutschlands sind gänzlich geschwunden, der Weg zur Einheitsorganisation ist frei. Die auf dem vorjährigen Handelshilfsarbeiterkongreß beschlossene Konferenz der Lokalvereine des Berufes ist nicht zustande gekommen, hauptsächlich deshalb, weil einige Delegierte, die dem Beschlusse zugestimmt, dagegen gearbeitet haben. Zumeist beruht die Gegnerschaft auf persönlichen Motiven. Das ist insbesondere in Hamburg der Fall. Mit den ausländischen Bruderorganisationen hat der Verband im besten Einvernehmen gestanden. Derselbe hat insbesondere in Oesterreich die Agitation finanziell unterstützt. Auch das Ver-

Deutschlands verpflichtet daher alle Mitglieder, die jugendlichen Berufsarbeiter beiderlei Geschlechts dem Verbands als Mitglieder zuzuführen."

Redner schätzt die Zahl der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen im Transport- und Handelsgewerbe auf zirka $\frac{1}{4}$ Million. Bezüglich der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation der jugendlichen Arbeiter steht der Redner auf dem Standpunkte, daß diese Organisation nicht allein Sache der Partei sein könne. Die einzelnen Berufsorganisationen müßten bei dieser Frage ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben. Allerdings sollten diese sich auch der Sache mit aller Energie annehmen. Besonders zu empfehlen sei auch die Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Bibliotheken mit für die Jugendlichen passendem Material. Ohne Debatte stimmt der Verbandstag der vorgeschlagenen Resolution zu. Ein Antrag, für die jugendlichen Mitglieder der Organisation eine Monatschrift herauszugeben, wird dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber „Tarifverträge und ihre Bedeutung“ referiert Himpel-Berlin. Derselbe begründet folgende Resolution, die zur einstimmigen Annahme gelangt:

„Die Generalversammlung erklärt die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Erreichung des Zieles, die Lage der Berufsangehörigen zu heben, für notwendig und erstrebenswert. Die Generalversammlung macht es daher allen Verbandsfunktionären zur Pflicht, bei Lohnbewegungen dahin zu wirken, daß eine tarifliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeigeführt wird. Als relativ vollkommenste Regelung — weil im Interesse der Allgemeinheit liegend — ist der Abschluß von Kollektiv- resp. Korporativ-Verträgen zu erstreben.

Von allen Tarifverträgen, welche den Unternehmern eingereicht werden sollen, ist dem Centralvorstand vorher Abschrift einzusenden; ohne Zustimmung des letzteren dürfen Verträge nicht abgeschlossen werden.

Es folgt die Beratung der Frage: „Zusammenschluß der Transportarbeiter Deutschlands und unsere Stellung dazu.“ Der Referent Schumann plädiert in überzeugender Weise für den Zusammenschluß, zumal der Kartellvertrag nicht die erwarteten Wirkungen im Gefolge gehabt hat. Angesichts des Zusammenschlusses der Unternehmerorganisationen haben alle untergeordnete Fragen zu verschwinden. Dagegen habe der Hafnarbeiterverband hinsichtlich Beitragszahlung und Unterstützungen Bedingungen gestellt, die nicht akzeptiert werden können. An Beiträgen erhebt derselbe weniger, wohingegen die Ausgaben für Unterstützungszwecke pro Wochenbeitrag 6—7 Pf. mehr betragen als bei den Transportarbeitern. Der Vertreter des Hafnarbeiterverbandes, Döring, verbreitet sich zunächst über die Grenzstreitigkeiten. Man sollte versuchen, solche in lokaler Weise auf lokaler Basis zu regeln. Zu den Zusammenschlußbedingungen bemerkt Redner, daß die Aufrechterhaltung der Berufsfachorgane, wie sie die Seelente verlangen, nicht zugestanden werden kann. Die Urabstimmung in seinem Verbands gebe die Stimmung der Mitglieder nicht in zutreffender Weise wieder. Ueber die Beitragsfrage wird sich auf dem nächsten Verbandstage eine Regelung finden lassen. Schwerer wird eine Verständigung über das Unterstützungswesen sein; die Übertragung der Arbeitslosenunterstützung auf die Binnenschiffer und Flößer sei fast unmöglich, da diese Gruppe jährlich 3—5 Monate regelmäßig arbeitslos sei. Im übrigen wünschen auch die Hafnarbeiter den Zusammenschluß. Aber man solle die

Sache auch nicht überstürzen, weil auf der anderen Seite die Gefahr besteht, durch einen voreiligen Zusammenschluß die vielfach nur schlummernden lokalistischen Tendenzen wieder erweckt würden. Man solle sich auch nicht in allen Punkten strikte auf die Beschlüsse der Hamburger Konferenz festlegen. Hochade-Hamburg verspricht, auch unter den Eisenbahnern den Gedanken des Zusammenschlusses zu fördern. Kirschnick (Vertreter der Maschinisten) gibt namens seiner Organisation die Erklärung ab, daß dieselbe aus organisatorischen Gründen vorläufig dem Zusammenschluß, soweit die Schiffsmaschinisten in Frage kommen, nicht zustimmen kann. Schumann tadelt die abwartende Haltung des Hafnarbeiterverbandes, die der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht Rechnung trage. In zehn Jahren kann der Zusammenschluß nichts mehr nutzen. Auch in der Organfrage teile er den Standpunkt der Hafnarbeiter nicht. Nachstehende Resolution wird einstimmig angenommen:

„Die ständig fortschreitende Konzentration der Arbeitgeberverbände im Handels- und Transportgewerbe, das Bestreben dieser, die Arbeiterorganisationen in weitgehendstem Maße von der Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse zugunsten der Arbeitnehmer, auszuschließen, bedingt als einzige wirksame Gegenmaßregel den festesten und engsten Zusammenschluß der Arbeiter des Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbes in einheitlicher Organisation.

Die Generalversammlung erklärt daher einem Zusammenschluß der deutschen Transportarbeiterorganisationen auf der von der Konferenz der Centralvorstände der Transportarbeiterverbände in Hamburg vom 7. September 1906 geschaffenen Grundlage zuzustimmen.“

Es folgt die Statutenberatung. Der Name der Organisation wird umgeändert in „Deutscher Transportarbeiterverband“. Die achttägige Erscheinungsweise des Fachorgans wird beschlossen. Während der Dauer des Ausschlußverfahrens ruhen die Rechte der betreffenden Mitglieder. Die Bestimmung, daß wegen Beitragsresten ausgeschlossene Mitglieder durch Nachzahlung der Beitragsreste wieder vollberechtigte Mitglieder werden können, wird gestrichen. Vierteljährlich ist mindestens eine Extramarke von 30 Pf. obligatorisch zu entnehmen; bisher war das letztere nicht der Fall. Das Eintrittsgeld für weibliche Mitglieder und Jugendliche wird auf 50 Pf. festgesetzt; letztere werden auch in der Beitragsleistung den weiblichen Mitgliedern gleichgestellt. Dauernd erwerbsunfähige Mitglieder, sobald sie zehn Jahre Mitglied sind, brauchen nur noch 20 bezw. 10 Pf. Beitrag zu zahlen unter Bewahrung ihrer vollen Rechte. Die Ortsverwaltungen haben das Recht, aus eigenen Mitteln die Unterstützungen zu erhöhen. Die Unterstützungsdauer für die verschiedenen Unterstützungszweige wird durchgängig um eine Woche erhöht. Wer fünf Jahre hintereinander die volle Unterstützung bezogen hat, soll dann von neuem zwei Jahre Karenzzeit zurücklegen. Beschlossen wird Einführung der Wöchnerinnenunterstützung. Die Sätze für Beerdigungsbeihilfe erfahren in den meisten Klassen eine Erhöhung. Streikunterstützung wird vom 2. Tage ab gewährt (bisher am 3. Tage); die Unterstützungssätze für Frauen und Kinder streikender Mitglieder werden statutarisch festgelegt. Die Anträge betr. Beitragsbefreiung erwerbsloser und -unfähiger Mitglieder werden abgelehnt. Die Schaffung eines Verbandsbeirates, der aus den Gauleitern bestehen soll, wird abgelehnt, nachdem der Hauptvorstand erklärt hat, daß er mit dem Grundgedanken des Antrages einverstanden ist, die Verwirklichung desselben jedoch noch für verfrüht halte. Statt der bis-

eventuell nur durch eine neue Vorstandskonferenz geschehen.

In Kassel hat die Eisenbahnverwaltung den Bahnhofsbedienten gezwungen, keine organisierten Arbeiter zu beschäftigen. Es wird weiter bestätigt, daß die Eisenbahnbetriebsinspektionen Erfurt und Kassel ganz allgemein in dieser Weise vorgehen. Die Debatten ergaben im übrigen Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen mit dem Hauptvorstande. Beschlössen wird, den Vorstandsbericht in Zukunft jährlich zu veröffentlichen.

Den Bericht der Redaktion gibt Dreher. Daß das Organ in den zehn Jahren eine Auflage von 100 000 erreichen würde, haben die ärgsten Optimisten nicht zu hoffen gewagt. In den ganzen zehn Jahren des Bestehens des jetzigen Organs ist kein Redakteur desselben mit Gefängnis bestraft worden. Redner empfiehlt das acht tägige Erscheinen des Blattes, u. a. hat sich bei der Reichstagswahl herausgestellt, daß das bisherige vierzehntägige Erscheinen unvorteilhaft war, da das Blatt die Angriffe der Gegner auf die Gewerkschaften nicht rechtzeitig parieren konnte. In der Debatte wird besonders die neutrale Haltung des Fachorgans, namentlich hinsichtlich Behandlung religiöser Fragen, lobend anerkannt. Auch sonst werden gegen die Schreibweise der Redaktion Ausstellungen nicht gemacht. Der Antrag, das Fachorgan acht täglich erscheinen zu lassen, wird angenommen. Dasselbe soll ferner in der Weise vervollkommen werden, daß die „Gewerkschaftliche Rundschau“ ausgebaut und mehr Artikel über Arbeiterrecht und solche populär-wissenschaftlicher Natur gebracht werden. Ein Antrag, mehr politische Artikel und Berichte zu bringen, wird mit der Begründung abgelehnt, daß die Mitglieder die politische Arbeiterpresse lesen sollen; nur bei wichtigeren politischen Anlässen hat auch die Gewerkschaftspressung Stellung zu nehmen. Beschlössen ist ferner einstimmig die Auflösung der Pressekommision. Aufrufe einzelner Mitgliedschaften sollen nicht mehr aufgenommen werden.

Sodann berichtet Schumann über den 5. Internationalen Transportarbeiter-Kongreß. Redner gibt der Ansicht und dem Wunsche Ausdruck, daß auch die deutschen Verkehrsarbeiter eines Tages dahin gelangen werden, das Kampfmittel der „passiven Resistenz“ in Anwendung bringen zu können. Es empfiehlt sich auch, wie es gelegentlich des Kongresses in Mailand geschehen sei, den leitenden Personen der Organisation öfter Gelegenheit zu geben, die Berufsverhältnisse des Auslandes kennen zu lernen, besonders bieten dazu Ausstellungen, wie die in Mailand, Gelegenheit. Der Bericht wird von Fochade, Vorsitzender der I. T.-K., noch ergänzt. Derselbe teilt mit, daß die Zahl der der Federation angeschlossenen Arbeiter zurzeit 314 595 beträgt; es handelt sich fast durchweg um die bestorganisierten Arbeiter der betreffenden Branchen und Länder. Bei Uebernahme der I. T.-K. nach Deutschland betrug die Mitgliederzahl 77 000. Bezüglich der englischen Organisationen, die ja in mancher Beziehung nicht so musterhaft sind, wie man es sich früher vorgestellt hat, müsse derselbe erklären, daß gelegentlich des Kampfes in Hamburg die englischen Organisationen ihr Möglichstes zur Fernhaltung des Zuzuges getan haben. Letzterer bestand nur aus unorganisiertem Gesindel, sogenannten „slums“. Die statistischen Arbeiten der I. T.-K. sind namentlich im Auslande mit sehr großem Interesse aufgenommen worden. Der Hauptvorstand wird ermächtigt, nach Bedarf Informationsreisen ins Ausland ausführen zu können.

Den Bericht vom Stettiner Genossenschaftstage gibt Schulski-Berlin. Infolge des Eintretens der Großeinkaufsgesellschaft ist das Verhältnis zu den Genossenschaften heute ein erträglicheres geworden. Leider fühlen einige Genossenschaftsleitungen nicht die Verpflichtung in sich, dem abgeschlossenen Tarife volle Geltung zu verschaffen. Wenn das Wort: Die Genossenschaft ist der Friede, zur Wahrheit werden soll, dann ist es notwendig, daß die festgestellten Tarifbrüche verschwinden. Redner empfiehlt nachstehende Resolution:

„Die Generalversammlung des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands billigt den Abschluß eines Tarifs mit dem Centralverbande deutscher Konsumvereine als eine Abschlagszahlung der berechtigten Forderungen der in Genossenschaften tätigen Berufskollegen.

Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand des Verbandes, nach Ablauf dieses Tarifs für eine anderweitige, den Verhältnissen entsprechende Regelung der Ortszuschläge zu sorgen und den weiteren, berechtigten Wünschen der Genossenschaftsarbeiter mit allem Nachdruck Rechnung zu tragen.

Die Generalversammlung erklärt, daß bei etwaigen Differenzen im Arbeitsverhältnis nur die tariflich vorgesehenen Beschwerdeinstanzen anzurufen sind, deren Entscheidung ist endgültig und eine Inanspruchnahme bürgerlicher Rechtsinstitutionen ohne Zustimmung des Centralverbandes unseres Verbandes nicht zulässig.“

Die Diskussion ist eine sehr reichhaltige und lebhaft; dieselbe bewegt sich im allgemeinen im Sinne des Referats. Die Resolution gelangt zur Annahme.

Daran schließt sich ein Referat von Stelling-Lübeck über den Berufsgesetz-Entwurf. Dasselbe gipfelt in nachstehender Resolution, die ohne Debatte einstimmig angenommen wird:

„Die 5. Generalversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen jede weitere Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter durch reaktionäre Gesetzesentwürfe zur Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Die Generalversammlung verlangt eine reichsgesetzliche, freiheitliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts unter ausnahmsloser Aufhebung aller diesbezüglicher Landesgesetze und polizeilicher Bestimmungen.

Außerdem fordert die Generalversammlung die Verleihung der Rechtsfähigkeit an alle Berufsvereine ohne jede Klausel und Einschränkung, weil nur auf solcher Grundlage ein für die ganze Gesellschaft nutzbringender Ausbau der Arbeiter-Berufsvereine möglich und durchführbar ist.

Die Generalversammlung des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erwartet, daß die Berufskollegen allen Versuchen, die Verleihung der Rechtsfähigkeit mit reaktionären Kompensationen zu verbinden, oder von ihnen abhängig zu machen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln entgegen zu treten resp. dem schärfsten Widerstand entgegen zu setzen.“

Ueber „Unsere Stellung zur Jugendorganisation“ referiert Zimmer-Breslau. Redner begründet nachstehende Resolution:

„Die fortschreitende Entwicklung des Handels- und Transportgewerbes läßt in immer größerem Maßstabe die Verwendung jugendlicher Arbeiter zu. Die Unternehmerschaft bevorzugt die jugendlichen Berufskollegen als billigere und willigere Arbeitskräfte. Werden daher die jugendlichen nicht ebenso wie die erwachsenen Arbeiter zur Berufsorganisation herangezogen, so besteht in hohem Maße die Gefahr, daß sich die Unternehmer ihrer bei Ausständen als Arbeitswillige und Lohnrücker bedienen können.

Aus diesen Gründen und zur Hebung der Lage der jugendlichen Arbeiter, sowie zu deren Schutze ist es unbedingt notwendig, sie mit gleichen Rechten und Pflichten zunächst zur Berufsorganisation heranzuziehen.

Die 5. Generalversammlung des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen

händen und zu jeder Zeit zur Verfügung stehen, wenn es gilt, den um Verbesserung ihrer Existenzbedingungen kämpfenden Arbeitern in den Städten zu fallen. Die Pirmajenser Schuhwarenfabrikanten stifteten schon 1902 20 000 Mk. zu einer „Masse“, deren Mitglieder unorganisierte Arbeiter sein sollten. In der Metallindustrie ist in den letzten 2 bis 3 Jahren seitens der Unternehmer und ihrer Beauftragten in dieser Richtung, desgleichen in der Textilindustrie, im Bergbau usw. gearbeitet. Vereine von „Nichtorganisierten“ sind ins Leben gerufen worden. In der Form von Krankenzuschuß- oder sonstigen Spar- und Unterstützungsvereinen bestehen heute in einer ganzen Anzahl von größeren Betrieben solche Vereinsbildungen, die den Zweck haben, die Arbeiter zu fördern, sie durch einige Geldspenden der Unternehmer an diese „Wohlfahrtseinrichtungen“ zu teilhaben, damit sie auf eine energische Interessenvertretung Verzicht leisten. Und je stärker und kampffähiger die Gewerkschaften werden, je eifriger wird auch seitens des Unternehmertums die Zerspaltung der Arbeiter betrieben. Die Hoffnungen, die das Unternehmertum auf die christliche Gewerksvereinsbewegung gesetzt hatte, haben sich nicht erfüllt. Der Stein, der der deutschen Arbeiterbewegung schon durch diese vorhandene Zerspaltung am Fuß hängte, genügt den Unternehmern nicht. Die Tatsache, daß seitens der christlich organisierten Arbeiter Forderungen an die Unternehmer gestellt werden, ist diesen schon zu viel. Und um so viel mehr denn die andere Tatsache, daß christlich organisierte Arbeiter des öfteren an Streiks beteiligt waren, um diesen Forderungen Gehör zu verschaffen. Daß sie in recht vielen Streiks der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Streikbrecher stellten oder Luertreibereien verursachten, hat das Unternehmertum wohl dankend quittiert. Aber die Unternehmerrührer rechnen damit, daß es sich hier immerhin um Organisationen von Arbeitern handelt, die im Wettbewerb mit den Gewerkschaften stehen und daher nicht immer „zuverlässig“ sind.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine genügen im Prinzip schon eher den Ansprüchen der Unternehmer. Aber sie haben den Nachteil, auch ihrerseits selbständige Organisationsgebilde sein zu wollen, die in jedem einzelnen Falle erst überlegen, ob der ihnen zugemutete Streikbruch auch ihren Organisationsnützen kann.

Die Unternehmer aber brauchen mehr, als ihnen diese beiden vorhandenen Organisationsgruppen an Arbeiterzerspaltung bieten können. Und so versuchen sie, besonders in den Großbetrieben, Vereinsbildungen zu subventionieren, die auf alle Fälle gegen die organisierte Arbeiterschaft ausgespielt werden können.

Neuerdings haben sich die Kreise des berühmten Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie der Sache angenommen. Der Ausgang der letzten Reichstagswahlen hat diesen Kreisen Mut gegeben, nun auch gegen die Gewerkschaften vorzugehen. Seit Monaten ist die Gründung eines „Bundes vaterländischer Arbeitervereine“ vorbereitet worden. Anfang März fand in Berlin eine „Vorversammlung“ statt, in der eine Einigung zwar nicht erzielt wurde, aber die die Einsetzung eines vorbereitenden Ausschusses beschloß. Es genügt zur Kennzeichnung der Drahtzieher dieser neuen „Bewegung“ die Feststellung, daß die leitende Person dieses Ausschusses der „Generalsekretär“ Ludwig Schaper vom Wirtschaftlichen Schutzverband in Hamburg war und daß dieser Herr auch in der kon-

stituierenden Versammlung, die zu Pfingsten in Hamburg stattfand, zum Vorsitzenden des Bundes gewählt wurde. Dieser Wirtschaftliche Schutzverband ist eine Vereinigung von dortigen Gewerbetreibenden usw., die bereits vor dem Reichslügenverband existierte und im Kleinen die Funktionen versah, die dieser heute im Großen übernommen hat.

Der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ zählte am Tage seiner Konstituierung nach den Mitteilungen des Herrn Schaper in der konstituierenden Sitzung 37 Vereine mit rund 7000 Mitgliedern, die in Hamburg durch 70 Delegierte vertreten waren. Außerdem soll der Anschluß von fünf größeren Vereinen in Aussicht stehen, so daß Herr Schaper die Zahl seiner Anhänger auf rund 10 000 schätzt. Zur Organisation des Bundes wurde folgender Antrag angenommen:

„Unterabteilungen des Bundes sind folgende Gauen: 1. Nordwest (Schleswig-Holstein, Hansestädte). 2. Nord (Mecklenburg, Preußen, Posen). 3. Mitte (Sachsen). 4. West (Rheinland-Westfalen). 5. Südwest (Hessen). 6. Süden (Bayern). Durch Gauenversammlungen oder Briefwechsel wählen die Vorsitzenden der einzelnen Vereine einen Gauobmann und zeigen die Wahl sofort dem Vorstand an. Kommt keine Wahl zustande oder verzichten die Vereine, so ernennt der Vorstand die Obmänner. Der Vorstand kann vor Vertretertagen diese Obmänner zu einer gemeinschaftlichen Sitzung einberufen. Die gefassten Beschlüsse sind gleich Beschlüssen des Vertretertages, bedürfen aber der Genehmigung dieses Vertretertages, wenn sie dauernde Geltung haben sollen.“

Der § 1 der Satzungen enthält das Programm des Bundes und hat folgende Fassung:

„Der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ hat die Bestimmung, alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden deutschen Männer, die zu Unternehmern oder Unternehmungen in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis stehen, ohne Unterschied ihrer kirchlichen oder parteipolitischen Stellung zum Kampf gegen die politisch wie wirtschaftlich irreführende Sozialdemokratie zu vereinigen. In diesem Sinne betrachtet es der Bund als eine besondere Aufgabe, die Bestrebungen der Arbeitnehmer auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unterstützen, aber im ausdrücklichen Gegensatz zu der Lehre vom Klassenhaß und Klassenkampf.“

Die in der konstituierenden Versammlung von dem Herrn Schaper und dem ehemaligen christlichen Bergarbeiter und Reichsverbandsagitator Gustav Ermert gehaltenen Programmreden ergänzen diesen Programmpunkt. Der letztere wütete gegen die Streiks. Er erklärte: „Arbeitgeber und Arbeiter sind und müssen zwei natürliche Bundesgenossen sein. Im neuen Bunde soll dem Ausdruck gegeben werden. In diesem neuen Bunde ist es notwendig, daß Streiks, weil sie schädigend auf die Gesamtheit wirken, als Kampfmittel ausgeschlossen sein sollen.“ Und in der nicht fehlenden Depesche an den Schutzherrn der Reichsverbändler, Fürsten Bülow, erklärte die konstituierende Versammlung, daß „der Bund zu Schutz und Förderung der Interessen aller treu zu Kaiser und Reich stehenden Arbeitnehmer unter Bekämpfung der Irrlehren der Sozialdemokratie und ihres Terrorismus auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete“ begründet sei. Eine ähnliche Depesche erhielt auch der Kaiser.

Von einem Delegierten aus Kiel wurde davor gewarnt, wirtschaftliche Ziele in das Programm des

herigen drei Revisoren der Hauptkasse fungiert eine fünfgliedrige Revisionskommission. Mitglieder des Verbandsausschusses dürfen kein sonstiges Amt in der Organisation bekleiden. Die Verwaltungsstellen von Groß-Berlin sollen aus dem Gau ausscheiden und einen Bezirk für sich bilden. Die Ortsverwaltungen haben pro Jahr und Mitglied 5 Pf. an die Hauptkasse abzuführen. Die Generalversammlungen sollen in Zukunft nicht mehr zu Pfingsten stattfinden. Die Wahlabteilungen zu den Verbandstagen umfassen in Zukunft 600 Mitglieder. Bei mehr als 3000 Mitgliedern ist auf jedes weitere Tausend Mitglieder ein Delegierter mehr zu wählen. Die Entschädigung für die Delegierten wird auf 10 Mk., der Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst auf 5 Mk. festgesetzt und zwar gilt letzteres auch für weibliche Mitglieder. Die Bestimmungen über Anmeldung von Lohnbewegungen werden präziser gefaßt. Abgelehnt werden die Anträge, welche die Wahl der Ortsbeamten dem Hauptvorstande entziehen wollen. Ein Antrag betr. Einberufung der in der Kolportage und Zeitungs Expedition beschäftigten Berufsangehörigen wird dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Die zu diesem Zweck eingesetzte Kommission unterbreitet dem Verbandstage ein umfangreiches **Gehaltsregulativ**. Dem zweiten Vorsitzenden und dem Ausschußvorsitzenden werden für die verflossene Geschäftsperiode eine jährliche Entschädigung von 200 Mk., dem Präsidiumsmitgliedern von 75 Mk. gewährt. Es entzündet sich über die Vorschläge der Kommission eine sehr lebhafteste Debatte. Gegen 9 Stimmen wird das Regulativ angenommen.

Der nächste Verbandstag findet in München statt. Die Vorstandswahl ergibt einstimmige Wiederwahl der bisherigen Funktionäre, desgleichen des Ausschußvorsitzenden Lüdcke-Magdeburg; Vorsitzender der Revisionskommission wird Streitner-Berlin. Es folgt die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß. Zum internationalen Kongreß in Stuttgart werden Schumann, Schulski, Werner, Dreher und Zimmer gewählt; zum internationalen Transportarbeiter-Kongreß in Wien Schumann, Schulski und Dreher. Auf eine Anregung bezüglich der Maisfeier erklärt Schumann, daß nach dem internationalen Kongreß eine Zusammenkunft der Verbandsfunktionäre stattfindet, die eine provisorische Regelung der Frage vornehmen wird. Damit erklärt sich die Generalversammlung einverstanden. Die Arbeiten des Verbandstages sind damit erledigt.

Lohnbewegungen und Streiks.

Streiks und Aussperrungen.

Der Kampf im Berliner Bäckergerwerbe hat bisher die besten Erfolge für die kämpfenden gehabt. Bereits 860 Bäckermeister haben die Forderungen anerkannt, sodaß nur noch rund 800 Gesellen (von rund 3600) im Streik stehen. Der Boykott ist auch diesmal seitens der Berliner Arbeiterschaft voran die Arbeiterfrauen, strikte durchgeführt worden. Auch andere Bevölkerungskreise haben teilweise den Boykott anerkannt. So beispielsweise hat der den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen angeschlossene Verein Deutscher Kaufleute seine Mitglieder aufgefordert, kein boykottiertes Brot zu konsumieren. Ist es auch an sich selbstverständlich, daß Menschen, die die Reinlichkeit lieben, kein Streikbrecherbrot essen, so ist eine direkte Aufforderung

zum Boykott von jener Seite immerhin erwähnenswert.

Eine pikante Idee haben die Hefehändler und -fabrikanten in diesem Kampfe gehabt. Sie machten plötzlich mit den Innungsführern gemeinsame Sache und verweigerten den Bäckermeistern, die die Forderungen der Arbeiter bewilligt hatten, die Hefelieferung. Da eine Reihe von Feinbrotsorten, besonders das in Berlin übliche Frühstücksgebäck ohne Hefe nicht herzustellen ist, wäre der Schlag gewiß nicht zu unterschätzen gewesen, hätte die Streikleitung nicht Mittel und Wege gehabt, den Hefering zu durchbrechen. Die Streikleitung hat durch Hefebzug aus dem Inland wie dem Ausland den Hefering sofort ausgeschaltet und kläglich betteln jetzt die Hefehändler ihre alte Kundschaft vergeblich um Abnahme ihrer Hefe an.

Diese Maßnahme des Heferings ist aber eine wirksame Anregung für unsere Genossenschaften, die zum großen Teile heute eigene Bäckereien betreiben, teilweise also auch als Hefekäufer in Betracht kommen. Die Großeinkaufsgesellschaft wird gewiß nicht verfehlen, den diesbezüglichen Bedarf ihrer Mitglieder festzustellen und, falls lohnend, auch dieses Gebiet in ihre bevorstehende Eigenproduktion aufnehmen.

Im Berliner Baugewerbe dauert der Kampf fort. Etwa 500 Bauunternehmer haben die Forderungen anerkannt, darunter auch 12 Mitglieder des Arbeitgeberbundes. Die Mörtelfabrikanten verweigern die Lieferung von Mörtel, ähnlich wie die Hefefabrikanten im Bäckerstreik die Lieferung der Hefe verweigern. Indes ist das nicht von weiterem Einfluß auf den Gang der Dinge, da die Maurer sich dieses Hilfsmittel selbst herstellen.

Die Stadt Rixdorf hat einen aussperrungslustigen Unternehmer von dem mit ihr geschlossenen Vertrag entbunden und führt die betreffenden Arbeiten nunmehr in eigener Regie aus. Sie hat die Forderungen der Arbeiter anerkannt, sodaß die Arbeiten dieser Stadt ohne Verzögerung zur Ausführung gelangen.

Kartelle und Sekretariate.

Arbeitersekretär gesucht.

Für das am 1. Oktober d. J. zu errichtende Arbeitersekretariat in Erfurt wird eine mit der Socialgesetzgebung durchaus vertraute Person, die rednerisch befähigt, in der Gewerkschaftsbewegung erfahren ist und möglichst schon eine ähnliche Stellung bekleidet hat, gesucht. Anfangsgehalt 2000 Mk. In den ersten zwei Jahren steigend um je 100 Mk., dann bis zum Höchstgehalt von 2400 Mk. Bewerbungen, denen ein selbst geschriebener Lebenslauf, sowie eine Probearbeit über die Aufgaben des Arbeitersekretariats beizulegen ist, sind mit dem Vermerk „Bewerbung Arbeitersekretär“ bis zum 22. Juni an den Genossen R. Kiefewetter, Erfurt, Magdeburgerstr. 51 I, zu richten.

Andere Organisationen.

Der Reichslügenverband gründet „Gewerkschaften.“

Seit einigen Jahren werden von Unternehmerseite eifrige Versuche gemacht, zuverlässige Streikbrecherkolonnen zu schaffen, die unter allen Um-

Bundes hineinzubringen. Man solle die Betätigung auf wirtschaftlichem Gebiete den Hirsch-Dunderschen Gewerkvereinen überlassen, die schon seit 40 Jahren in den wirtschaftlichen Kämpfen die Grundsätze verfochten, die wir jetzt aufstellen wollen. Wir können nur ein politischer Kampfverein gegen die Sozialdemokratie sein, sonst treiben wir einen neuen Keil in die nationale Gewerkschaftsbewegung. Wo sich nationale Arbeitervereine als wirtschaftliche Verbände gegründet hatten, wären sie nur den Arbeitern in den Rücken gefallen, die ernsthaft an der Verbesserung ihrer Lebenslage gearbeitet hätten. (Teilweiser Beifall, lauter Widerspruch.) So sei es auf den Howaldtswerken in Kiel gewesen, bei Siemens-Schudert und in Magdeburg. Der neue Bund dürfe keine Streikbrecher-Organisation werden. Kampf gegen die roten Gewerkschaften, aber freibeitliche Berufsvereine. Keine gelben Gewerkschaften von Streikbrechern. (Aushaltende Unruhe.)"

Diese Anschauungen fanden aber den heftigsten Widerspruch in der Versammlung und der Vorsitzende Schaper bezeichnete sie als einen „unerhörten Vorgang“. Dem Redner wurde das Wort abgeschnitten, man könne mit „Gästen, die sich so unerhört benehmen“, nicht diskutieren, erklärte der Herr Vorsitzende.

Dem neuen Bunde gelten also selbst die von den Hirsch-Dunderschen Gewerkvereinen seit vierzig Jahren verfochtenen Grundsätze der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit als „unerhörte Vorgänge“, sobald sie in seinem Kreise vorgetragen werden. Seine Führer wollen eben eine ausschließliche Streikbrecherorganisation und wer irgendwie auch nur die Idee selbst der gewerkvereinlichen Interessenvertretung der Arbeiter andeutet, wird in jenem Kreise sofort mundtot gemacht, trotzdem er die unzulässige Erklärung abgibt, daß die von dem neuen Bund aufzustellenden Grundsätze auch von den Hirsch-Dunderschen Gewerkvereinen und zwar seit 40 Jahren geteilt werden. Wie die letzteren sich mit dieser kompromittierenden Erklärung ihres Kieler Vertreters abfinden, wird eines Interesses nicht entbehren.

Der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“, das ist die „gewerkschaftliche“ Bewegung des Reichsligenverbandes, hat nach alledem ausschließlich den Zweck, jegliche, sowohl politische als gewerkschaftliche, Interessenvertretung der deutschen Arbeiter unmöglich zu machen. Er will keine Erziehung der Arbeiter zu selbständigen und denkenden Menschen, sondern zu Heloten des kapitalistischen Unternehmertums. Wofür er die Subvention der Unternehmer und der Freunde und Gönner des Reichsverbandes genießen wird.

Das köstliche an der Sache ist nur, daß man den deutschen Arbeitern, die heute in einer Zahl von nahezu 2 000 000 in unseren Gewerkschaften als klassenbewußte Arbeiter organisiert sind, zumutet, den Strick selbst zu drehen, an dem sie gehängt werden sollen. Der Gedanke ist zu albern und nur als eine jener Phantasien aus den erträumten Dattelbainen der Hottentottenlande, die bei den letzten Reichstagswahlen eine Rolle spielten, aufzufassen.

Zu registrieren wäre noch, daß Fürst Bülow dem neuen Ableger des Reichsverbandes folgendes Telegramm sandte:

Berlin, 19. Mai 1907.

Die Begrüßung des neubegründeten Bundes vaterländischer Arbeitervereine hat mich aufrichtig erfreut. Ich erwidere sie auf das herzlichste. Möchte es Ihrer Organisation gelingen, dazu mitzuwirken, daß denjenigen deutschen Arbeitern ein starker Halt geboten werde, welche auf die geistigen und sittlichen Güter nicht verzichten wollen, die Volk und Vaterland dem Menschen bieten.

Reichskanzler v. Bülow.

In der Festversammlung in Hamburg hieß der Generalmajor v. Gersdorf „im Namen des Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie den Bund willkommen, der auf die Unterstützung des Verbandes rechnen könne.“

Die deutschen Arbeiter wissen demnach, mit wem sie es in dem „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ zu tun haben.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat Mai 1907 bei der Generalkommission eingegangenen Quartalsbeiträge:

Verb. d. Schirmmacher für 1906	80,— Mk.
„ „ Steinsetzer für 3. u. 4. Qu. 06	763,76 „
„ „ Schuhmacher für 3. u. 4. Qu. 06	2 390,32 „
„ „ Gärtner für 4. Qu. 06	178,52 „
„ „ Maurer für 4. Qu. 06	7 562,24 „
„ „ Schiffszimmerer für 1. Qu. 07	144,— „

An Unterstützungsgebern gingen ein im Monat Mai:

Für die Hafenarbeiter:

a) Von den Zentralvorständen:

Schiffszimmerer 3214,56, haugewerbliche Hilfsarbeiter 5000,—, Barbieri 100,— Mk.

b) Von den Gewerkschaftskartellen:

Gelsenkirchen 150,—, Donnerau i. Schl. 4,70,—, Magdeburg 200,—, Jauer 23,80, Grimma 31,70 Mk.

c) Von den Ortsverwaltungen:

Buchdrucker Hamburg 2000,—, Stettin 50,—, Rastenburg 5,—, Fabrikarbeiter Ebersdorf 3,—, Pforzheim 10,—, Maschinisten und Heizer Schwenningen 20,—, Tilsit 15,—, Metallarbeiter Hamburg 5000,—, Porzellanarbeiter Rehau 20,—, Steinarbeiter Norden-dorf 10,—, Arbeiterbildungsverein Unterweißbach 3,— Mk. Bereits quittiert 7920,— Mk., in Summa 23 780,76 Mk.

Berlin, den 4. Juni 1907.

Hermann Kube.

Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Berlin:	Lück, Erich, Angestellter des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter.
Dresden:	Rittner, Max, Angestellter des Verbandes der Bauhilfsarbeiter.
„	Falz, Wilhelm, Angestellter des Verbandes der Bauhilfsarbeiter.
„	Roscher, Heinrich, Angestellter des Verbandes der Bauhilfsarbeiter.
Hamburg:	Meyer, Johannes, Angestellter des Verbandes der Bauhilfsarbeiter.
„	Reißig, Bernhard, Angestellter des Verbandes der Bauhilfsarbeiter.
„	Gehde, Hugo, Angestellter des Verbandes der Maurer.
Köln:	Römer, Wilhelm, Expedient.